institut für wohnbau

i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
11.04.2018 intro

TU Graz

Steiermärkisches Baugesetz
Stmk. BauG

Bundesland
Steiermark

Titel
Steiermärkisches Baugesetz - Stmk. BauG

Stammfassung: LGBl. Nr. 59/1995 (XII. GPStLT EZ 992 Blg.Nr. 132)
Novellen: (1) LGBl. Nr. 50/2001 (XIV. GPStLT RV EZ 13/1 AB EZ 13/4)
(2) LGBl. Nr. 73/2001 (XIV. GPStLT RV EZ 224/1 AB EZ 224/4)
(3) LGBl. Nr. 7/2002 (XIV. GPStLT RV EZ 443/1 AB EZ 443/2)
(4) LGBl. Nr. 33/2002 (XIV. GPStLT IA EZ 143/1 AB EZ 143/5
IA EZ 135/1 AB EZ 135/9)
(5) LGBl. Nr. 78/2003 (XIV. GPStLT IA EZ 31,IA EZ 55/1 AB EZ 55/15)
(6) LGBl. Nr. 6/2008 (XV. GPStLT RV EZ 930/1 AB EZ 930/5)
(7) LGBl. Nr. 27/2008 (XV. GPStLT RV EZ 1653/1 AB EZ 1653/4)
(CELEX Nr. 32002L0091)
(8) LGBl. Nr. 88/2008 (XV. GPStLT IA EZ 1672/1 AB EZ 1672/4)
(9) LGBl. Nr. 13/2010 (XV. GPStLT RV EZ 3289/1 AB EZ 3289/4)
(CELEX Nr. 32006L0123)
(10) LGBl. Nr. 49/2010 (XV. GPStLT IA EZ 99/1 AB EZ 99/5)
(11) LGBl. Nr. 13/2011 (XV. GPStLT RV EZ 3648/1 AB EZ 3648/4)
(CELEX Nr. 31989L0106, 32002L0091)
(12) LGBl. Nr. 78/2012 (XVI. GPStLT IA EZ 1084/1 AB EZ 1084/5)
(CELEX Nr. 32010L0031)

Text
Inhaltsverzeichnis (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11)

I. HAUPTSTÜCK
Allgemeine Grundsätze und verfahrensrechtliche Vorschriften

I. Teil
Behörden, Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

§ 1 Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden
§ 2 Behördenzuständigkeit
§ 3 Ausnahmen vom Anwendungsbereich
§ 4 Begriffsbestimmungen

II. Teil

I. Abschnitt
Das Grundstück und seine Bebauung

§ 5 Bauplatzeignung
§ 6 Fernwärmeanschlussauftrag
§ 7 Orientierungsbezeichnungen und Straßenbeleuchtung
§ 8 Freiflächen und Bepflanzungen
§ 9 Zufahrten für Einsatzfahrzeuge
§ 10 Kinderspielplätze

- höchstens drei oberirdische Geschoße (einschließlich Dachgeschoße) haben;

41. Klimaanlage: Kombination sämtlicher Bauteile, die für eine Form der Luftbehandlung erforderlich sind, bei der die Temperatur, eventuell gemeinsam mit der Belüftung, der Feuchtigkeit und der Luftreinheit, geregelt werden kann;
42. Kniestockhöhe: das Maß des vertikalen Abstandes zwischen Oberkante der obersten Rohdecke und der Unterkante der tragenden Dachkonstruktion (Sparren), gemessen in der äußeren Außenwandebene;
43. Lästlinge: kleinere wirbellose Tiere, zumeist Insekten, die sich gerne in der näheren Umgebung des Menschen aufhalten; dabei handelt es sich um Arten, die primär keine deutliche Schadwirkung haben; wird jedoch durch günstige Lebensbedingungen ihre Vermehrung besonders begünstigt, treten sie in übermäßiger Anzahl auf und werden damit als zunehmend störend empfunden; bei massenhaftem Auftreten führen sie zu Belästigungen, in vielerlei Hinsicht können sie mitunter auch zu Schädlingen werden; zu ihnen zählen u. a. Ameisen, Silberfischchen, Kellerasseln, Ohrwürmer, Fliegen (z. B. Fruchtfliegen, Kleine Stubenfliege etc.), Wespen, Hornissen, Milben;
44. Nachbar: Eigentümer oder Inhaber eines Baurechtes (Bauberechtigter) der an den Bauplatz angrenzenden Grundflächen sowie jener Grundflächen, die zum vorgesehenen Bauplatz in einem solchen räumlichen Naheverhältnis stehen, dass vom geplanten Bau oder dessen konsensgemäßer Benützung Einwirkungen auf diese Grundflächen ausgehen können, gegen welche die Bestimmungen dieses Gesetzes Schutz gewähren, oder dass von seiner genehmigten gewerblichen oder landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betriebsanlage Einwirkungen auf den Bauplatz ausgehen können;
45. Nachbargrenze: Grenze zwischen Grundstücken verschiedener Eigentümer;
46. Natürliches Gelände: Als natürliches Gelände von Grundflächen gilt jenes, das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der letzten Revision des Flächenwidmungsplanes gegeben war;
47. Nebengebäude: eingeschoßige, ebenerdige, unbewohnbare Bauten von untergeordneter Bedeutung mit einer Geschoßhöhe bis 3,0 m, einer Firsthöhe bis 5,0 m und bis zu einer bebauten Fläche von 40 m2;
48. Neubau: Herstellung einer neuen baulichen Anlage, die keinen Zu oder Umbau darstellt. Ein Neubau liegt auch dann vor, wenn nach Abtragung bestehender baulicher Anlagen alte Fundamente oder Kellermauern ganz oder teilweise wiederverwendet werden;
49. Niveau: Höhenlage der Bauwerke und angrenzenden Verkehrsflächen;
50. (entfallen) (12);
51. Ölfeuerungsanlagen: der Verbrennung von Heizöl dienende Feuerstätten einschließlich der mit diesen verbundenen Anlagen zur Lagerung und Leitung von Heizöl;
52. Ölöfen: Ölfeuerungsgeräte mit Rauchfanganschluss bis zu einer Nennheizleistung von 18,0 kW, die der Einzelraumheizung dienen;
53. Ortsübliche Belästigungen: die in den betroffenen Gebieten tatsächlich vorhandenen, zumindest jedoch die in Gebieten dieser Art üblicherweise auftretenden Immissionen;
54. Parapethöhe: vertikaler Abstand zwischen fertiger Standfläche und Oberkante des unteren Stockprofils oder der Brüstung;
55. Raumhöhe: Abstand zwischen Fußbodenoberkante bis zur Unterkante der darüberliegenden Decke;
56. Stand der Technik: auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhender Entwicklungsstand fortschrittlicher bautechnischer Verfahren, Einrichtungen und Bauweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt oder sonst erwiesen ist; jedenfalls sind die OIB Richtlinien Regel der Technik, die den Stand der Technik wiedergeben;
57. Straßenfluchtlinie: die Grenze der bestehenden oder künftigen öffentlichen Verkehrsfläche;
58. Umbau: die Umgestaltung des Inneren oder Äußeren einer bestehenden baulichen Anlage, die die äußeren Abmessungen nicht vergrößert oder nur unwesentlich verkleinert, jedoch geeignet ist, die öffentlichen Interessen zu berühren (z. B. Brandschutz, Standsicherheit, äußeres Erscheinungsbild), bei überwiegender Erhaltung der Bausubstanz;
59. (entfallen) (12);
60. Versammlungsstätten: Gebäude oder Gebäudeteile für Veranstaltungen mit mehr als 120 Personen, soweit es sich nicht um eine Betriebsanlage handelt;
61. Wirtschaftsdünger: organische Substanzen, die in der Land und Forstwirtschaft anfallen und zur Düngung eingesetzt werden (z. B. Gülle, Jauche und Mist);
62. Wohnräume: Aufenthaltsräume in Wohnungen;
63. Wohnung: Gesamtheit von einzelnen oder zusammen liegenden Räumen, die baulich in sich abgeschlossen, zu Wohnzwecken bestimmt sind und die Führung eines eigenen Haushaltes ermöglichen;
64. Zubau: die Vergrößerung einer bestehenden baulichen Anlage der Höhe, Länge oder Breite nach bis zur Verdoppelung der bisherigen Geschoßflächen.

Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1993 (Stmk. WFG 1993)

Bundesland
Steiermark

Titel
Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1993
(Stmk. WFG 1993)

Stammfassung: LGBl. Nr. 25/1993 (WV)
Novellen: (1) LGBl. Nr. 38/1994 (XII. GPStLT EZ 811)
(2) LGBl. Nr. 11/1996 (XII. GPStLT EZ 1255)
(3) LGBl. Nr. 61/1997 (XIII.GPStLT EZ 504)
(4) LGBl. Nr. 25/1998 (XIII.GPStLT EZ 663)
(5) LGBl. Nr. 75/1998 (XIII.GPStLT EZ 833)
(6) LGBl. Nr. 96/1998 (XIII.GPStLT EZ 886)
(7) LGBl. Nr. 12/2000 (XIII.GPStLT EZ 1273)
(8) LGBl. Nr. 53/2001 (XIV. GPStLT AA EZ 333/1)
(9) LGBl. Nr. 19/2002 (XIV. GPStLT RV EZ 524/1)
(10) LGBl. Nr. 48/2002 (XIV. GPStLT RV EZ 740/1 AB EZ 740/2)
(11) LGBl. Nr. 82/2003 (XIV. GPStLT RV EZ 1378/1)
(12) LGBl. Nr. 57/2004 (XIV. GPStLT RV EZ 1782/1)
(13) LGBl. Nr. 17/2006 (XV. GPStLT IA EZ 137/1 AB EZ 137/3)
(14) LGBl. Nr. 109/2006 (XV. GPStLT RV EZ 459/1 AB EZ 459/4)
(15) LGBl. Nr. 48/2007 (XV. GPStLT RV EZ 1169/1 AB EZ 1169/2)
(16) LGBl. Nr. 81/2009 (XV. GPStLT RV EZ 3011/1 AB EZ 3011/4)
(CELEX Nr. 32004L0038)
(17) LGBl. Nr. 49/2010 (XV. GPStLT IA EZ 99/1 AB EZ 99/5)
(18) LGBl. Nr. 81/2010 (XV. GPStLT RV EZ 3701/1 AB EZ 3701/5)
(CELEX Nr. 32006L0054)
(19) LGBl. Nr. 14/2011 (XVI. GPStLT IA EZ 148/1 AB EZ 148/4)
(20) LGBl. Nr. 59/2011 (XVI. GPStLT IA EZ 416/1 AB EZ 416/2)

Im Sinne dieses Gesetzes gelten:

1. als Wohnung eine zur ganzjährigen Bewohnung geeignete, baulich in sich abgeschlossene, normal ausgestattete Wohnung, deren Nutzfläche nicht weniger als 30 m2 und mit Ausnahme der Eigenheime nicht mehr als 150 m2 beträgt,
2. (entfallen)
3. als geförderte Wohnung eine Wohnung, für die
   - rückzahlbare Förderungen noch nicht vollständig zurückbezahlt sind,
   - Zuschüsse noch geleistet werden,
   - nicht rückzahlbare Förderungsbeiträge vor weniger als 10 Jahren geleistet wurden oder (7)
   - eine vom Land Steiermark übernommene Bürgschaft noch nicht erloschen ist;
4. als Eigenheim ein Gebäude mit einer Wohnung oder zwei Wohnungen, von denen eine zur Benützung durch den Eigentümer bestimmt ist.
5. als Wohnheim ein zur Befriedigung des regelmäßigen Wohnbedürfnisses seiner Bewohner bestimmtes Heim in normaler Ausstattung, das neben den Wohn oder Schlafräumen auch die dem Verwendungszweck entsprechenden sonstigen Räume enthält;
6. als normale Ausstattung eine Ausstattung, die bei größter Wirtschaftlichkeit des Baukostenaufwandes unter Bedachtnahme auf die Betriebs und Instandhaltungskosten und bei einwandfreier Ausführung nach dem jeweiligen Stand der Technik, insbesondere hinsichtlich des Schall , Wärme , Feuchtigkeits und Abgasschutzes sowie der Anschlußmöglichkeit an Fernwärme in hiefür in Betracht kommenden Gebieten, den zeitgemäßen Wohnbedürfnissen entspricht; sie umfaßt jedenfalls den Einbau wassersparender Armaturen und ausreichende ausreichende Anschlußmöglichkeiten für Sanitäreinrichtungen und Haushaltsgeräte, muß jedoch nicht die Oberflächenendausführung im Inneren der Wohnung umfassen, die Verwendung von Tropenholzern ist ausgeschlossen; (1)
7. als Nutzfläche die gesamte Bodenfläche einer Wohnung oder eines Geschäftsraumes abzüglich der Wandstärken und der im Verlauf der Wände befindlichen Durchbrechungen (Ausnehmungen); Keller und Dachbodenräume, soweit sie ihrer Ausstattung nach nicht für Wohn oder Geschäftszwecke geeignet sind, Treppen, offene Balkone. Terrassen sowie für landwirtschaftliche oder gewerbliche Zwecke spezifisch ausgestattete Räume innerhalb einer Wohnung sind bei Berechnung der Nutzfläche nicht zu berücksichtigen;
8. als Baukosten einer Wohnung (eines Geschäftsraumes) der Anteil an den Gesamtbaukosten, der nach dem gesetzlichen oder vereinbarten Berechnungsschlüssel auf die Wohnung (den Geschäftsraum) entfällt;
9. als nahestehende Person
   a) der Ehegatte (die Ehegattin), der eingetragene Partner (die eingetragene Partnerin), (18)
   b) Verwandte in gerader Linie (insbesondere Eltern, Großeltern, Kinder, Enkelkinder) einschließlich Adoptivkinder (Wahlkinder) sowie Stiefeltern, (5)
   c) Geschwister,
   d) Verschwägerte in gerader Linie, das sind Personen, die mit dem Ehegatten in gerader Linie verwandt sind, insbesondere Schwiegereltern und Stiefkinder, (5)
   e) eine Person, die mit dem Eigentümer (Mieter) in einer in wirtschaftlicher Hinsicht gleich einer Ehe eingerichteten Haushaltsgemeinschaft lebt,
   f) in der Haushaltsgemeinschaft lebende eigene oder adoptierte Kinder einer Person gemäß lit. e und
   g) Pflegekinder gemäß dem Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz; Pflegekinder gelten dann als nahestehende Personen, wenn ein längerer, etwa zwei Jahre dauernder Aufenthalt am Pflegeplatz bereits vorliegt und eine Bestätigung der Bezirksverwaltungsbehörde beigebracht wird, daß es sich voraussichtlich um einen Dauerpflegeplatz handelt;

Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989

Gesetz über die Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnhaussanierung und die Gewährung von Wohnbeihilfe (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989)

Fundstellen der Rechtsvorschrift		
Datum	Publ.Blatt	Fundstelle
24.02.1989	LGBl	1989/18
30.06.1989	LGBl	1989/38
21.11.1989	LGBl	1990/05
28.05.1990	LGBl	1990/42
10.09.1991	LGBl	1991/39
22.07.1992	LGBl	1992/32
04.08.1994	LGBl	1994/39
16.08.1995	LGBl	1995/62
18.03.1998	LGBl	1998/20
06.03.2000	LGBl	2000/12
19.03.2001	LGBl	2001/16
21.02.2003	LGBl	2003/11
22.12.2006	LGBl	2006/67
17.09.2010	LGBl	2010/41
07.09.2011	LGBl	2011/23
22.08.2013	LGBl	2013/35

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

I. HAUPTSTÜCK

WOHNBAUFÖRDERUNG

§ 1. (1) Das Land Wien fördert die Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen, Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern durch Neubau, Zubau, Einbau oder Umbau.

(2) Die Förderung kann auch umfassen:

a) Geschäftsräume in geförderten Gebäuden, wobei sich bei geförderten Wohnhausanlagen mit mehr als 100 Wohnungen die Förderung auch auf Geschäftsräume außerhalb eines geförderten Gebäudes erstrecken kann. Auf geförderte Geschäftsräume darf höchstens ein Viertel der geförderten Gesamtnutzfläche entfallen, wobei Räumlichkeiten für Einrichtungen der Stadt Wien für soziale Dienste im Sinne des Wiener Sozialhilfegesetzes einschließlich von Gesundheits- und Sozialbezirkszentren sowie geriatrischen Tageszentren nicht einzurechnen sind;

b) Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur.

(3) Auf Förderung, ausgenommen die Gewährung von Wohnbeihilfe, besteht kein Rechtsanspruch.

Begriffsbestimmungen

§ 2. Im Sinne dieses Gesetzes gelten:

1. als Wohnung eine zur ganzjährigen Bewohnung geeignete, baulich in sich abgeschlossene, den Bauvorschriften entsprechend ausgestattete Wohnung, deren Nutzfläche, ausgenommen bei Wohngemeinschaften in behindertengerecht ausgestatteten Wohnungen, zum Zeitpunkt der Fertigstellungsanzeige (§ 32) nicht mehr als 150 m² beträgt; sofern diese Wohnnutzflächen-höchstgrenze nicht überschritten wird, kann das Erfordernis ‚baulich in sich abgeschlossen' bei einer Vereinigung der Wohnung mit Geschäftsräumlichkeiten entfallen;
2. als Geschäftsräume jedwede Art von Räumlichkeiten für Zwecke von Handels- und Gewerbebetrieben und für die Ausübung freier Berufe bzw. der sozialen Bedürfnisse der Wohnbevölkerung sowie für Einrichtungen der Stadt Wien;
3. als Eigenheim ein Gebäude mit ein oder zwei selbständig benützbaren Wohnungen, die zur Benützung durch den bzw. die Eigentümer (Bauberechtigten) bestimmt sind. Ein Gebäude mit zwei Wohnungen gilt nur dann als Eigenheim, wenn an beiden Wohnungen Wohnungseigentum begründet wird oder Baurecht besteht;

3a. als Wohnungseigentum das dem Miteigentümer einer Liegenschaft oder einer Eigentümerpartner-schaft eingeräumte Recht gemäß dem Wohnungseigentumsgesetz 2002;

(3) Das angemessene Ausmaß der Wohnnutzfläche beträgt bei einer Person 50 m2 und erhöht sich für die erste im gemeinsamen Haushalt lebende Person um 20 m2, für jede weitere um je 15 m2. Bei Jungfamilien erfolgt die Berechnung des angemessenen Ausmaßes der Wohnnutzfläche in der Weise, daß der an Hand der Haushaltsgröße ermittelten Wohnnutzfläche 15 m2 hinzugerechnet werden.

(4) Im Falle der Überschreitung des angemessenen Ausmaßes der Wohnnutzfläche ist der Berechnung des Eigenmittelersatzdarlehens jener Teil der Eigenmittel zugrunde zu legen, der dem Verhältnis des angemessenen Ausmaßes zum tatsächlichen Ausmaß der Wohnnutzfläche entspricht.

(5) Mit im gemeinsamen Haushalt lebenden volljährigen Personen kann eine Solidarhaftung vereinbart werden, die nach Aufgabe der Wohnungsnutzung durch den Haftenden endet. Auch eine rechtsverbindliche Erklärung betreffend die Übernahme der Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertrag über das Eigenmittelersatzdarlehen kann von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen eingeholt werden. Die vom Darlehensnehmer und den Mitverpflichteten gegenüber dem Vermieter bestehenden Rückforderungsansprüche wegen der eingebrachten Eigenmitteln haben in Höhe der Aushaftung des Eigenmittelersatzdarlehens zugunsten des Landes Wien als abgetreten zu gelten.

§ 18. (1) Die Laufzeit des Eigenmittelersatzdarlehens beträgt maximal 20 Jahre. In den Darlehensvertrag ist die Bestimmung aufzunehmen, daß das Darlehen schon zu einem früheren Zeitpunkt ganz oder teilweise zurückgefordert werden kann, wenn die Förderungswürdigkeit nicht mehr oder nur mehr in einem geringeren Ausmaß gegeben ist. Zu diesem Zweck sind das Haushaltseinkommen und die Haushaltsgröße nach zehn und 15 Jahren zu überprüfen. 4

(2) Ein Eigenmittelersatzdarlehen kann auch einem nachfolgenden Wohnungseigentümer oder unbeschadet der begünstigten Rückzahlung eines Förderungsdarlehens nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 einem nachfolgenden Wohnungsmieter gewährt werden. Dabei ist ein Abwohnungsfaktor von 1 vH pro Jahr zu berücksichtigen, nicht jedoch eine Indexaufwertung. Die Rückzahlungsbedingungen sind in diesem Fall so festzusetzen, dass das Darlehen spätestens am Ende des 20. Jahres nach Erteilung der Benützungsbewilligung (Fertigstellungsanzeige gemäß § 128 Bauordnung für Wien) zur Gänze getilgt ist.

(3) Im Fall der Beendigung des Mietverhältnisses ist das aushaftende Eigenmittelersatzdarlehen unverzüglich zurückzuerstatten, außer der neue förderungswürdige Mieter möchte mit Einverständnis des bisherigen Mieters und des Landes Wien in den Vertrag über das Eigenmittelersatzdarlehen eintreten. Das aushaftende Eigenmittelersatzdarlehen ist im Falle einer Mietrechtsfortsetzung im Todesfall (§ 1116a ABGB, § 14 MRG) oder einer Abtretung des Mietrechts (§ 12 MRG) von Darlehensnehmern (Mitverpflichteten) bzw. deren Rechtsnachfolgern abzudecken, wenn die eintretenden Mieter nicht in den Vertrag über das Eigenmittelersatzdarlehen eintreten wollen oder mangels Förderungswürdigkeit nicht in den Vertrag eintreten dürfen.

(4) Vor Gewährung des Eigenmittelersatzdarlehens ist eine Erklärung des Hauseigentümers abzugeben, im Falle einer Rückzahlung des Finanzierungsbeitrages gemäß § 69 Abs. 1 erster und dritter Satz vorerst das aushaftende Eigenmittelersatzdarlehen abzudecken. Der Hauseigentümer hat dem Land Wien und den vom Land Wien zur Abwicklung der Eigenmittelersatzdarlehensgewährung beauftragten Bankinstituten die eintretenden Mieter bekanntzugeben.

§ 19. (1) Das Eigenmittelersatzdarlehen wird weiters sofort zur Gänze fällig, wenn

1. das Eigenmittelersatzdarlehen zu Unrecht empfangen wurde,
2. der Empfänger des Eigenmittelersatzdarlehens kein Recht mehr an der geförderten Wohnung hat oder diese nicht im Sinne des § 11 Abs. 1 Z 1 benützt,
3. der auf die Wohnung entfallende Anteil des Förderungsdarlehens des Landes oder des Darlehens gemäß § 6 Abs. 2 gekündigt oder zurückgezahlt wurde,
4. der Baukostenzuschuß oder der nichtrückzahlbare Beitrag zurückgezahlt wurde,
5. ein Kündigungsgrund gemäß § 13 Abs. 2 Z 1 und 3 vorliegt oder
6. bei der nach zehn und 15 Jahren stattfindenden Überprüfung des Haushaltseinkommens und der Haushaltsgröße (§ 18 Abs. 1) der Aufforderung auf Nachweis der Förderungswürdigkeit nicht entsprochen wird.

(2) Das Eigenmittelersatzdarlehen ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten zu kündigen, wenn der Schuldner nach schriftlicher Mahnung trotz Gewährung einer angemessenen Frist ohne Vorliegen triftiger Gründe seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertrag über das Eigenmittelersatzdarlehen nicht nachkommt.

OiB- Richtlinien

Begriffsbestimmungen

Ausgabe: Oktober 2011

Bereiche, in denen Waren zum Verkauf angeboten werden. Hiezu gehören z.B. Kassenbereiche, Windfänge, Ausstellungs-, Vorführ-, und Beratungsräume, gastgewerblich genutzte Räume sowie alle dem sonstigen Kundenverkehr dienenden Räume. Büros und Lagerbereiche, die nicht mit brandabschnittsbildenden Wänden und Decken vom Verkaufsbereich getrennt sind, zählen ebenfalls zur Verkaufsfläche.

Verkaufsstätten

Gebäude oder Gebäudeteile, die bestimmungsgemäß dem Verkauf von Waren dienen.

Versammlungsstätten

Gebäude oder Gebäudeteile für Veranstaltungen mit mehr als 120 Personen.

Verteilleitung

Leitung zwischen Wärmebereitstellungssystem und vertikaler Steigleitung.

Wärmespeichersystem

Prozessbereich in der Anlagentechnik, in dem die in einem Medium enthaltene Wärme gespeichert wird.

Wärmeverteilsystem

Prozessbereich in der Anlagentechnik, in dem die benötigte Wärmemenge von der Bereitstellung zur Wärmeabgabe transportiert wird.

Wohngebäude

Gebäude, die ganz oder überwiegend zum Wohnen genutzt werden.

Wohnung

Gesamtheit von einzelnen oder zusammen liegenden Räumen, die baulich in sich abgeschlossen und zu Wohnzwecken bestimmt sind und die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen.

Wohnungstreppen

Haupttreppen in Wohnungen sowie in Gebäuden oder Gebäudeteilen mit nicht mehr als zwei Wohnungen und in Reihenhäusern.

Zuverlässigkeit des Tragwerks

Die Fähigkeit eines Tragwerks oder Bauteils, die festgelegten Anforderungen zu erfüllen.

Artikel 11

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und anerkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit.

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen

a)

zur Verbesserung der Methoden der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung der natürlichen Hilfsquellen;

b)

zur Sicherung einer dem Bedarf entsprechenden gerechten Verteilung der Nahrungsmittelvorräte der Welt unter Berücksichtigung der Probleme der Nahrungsmittel einführenden und ausführenden Länder

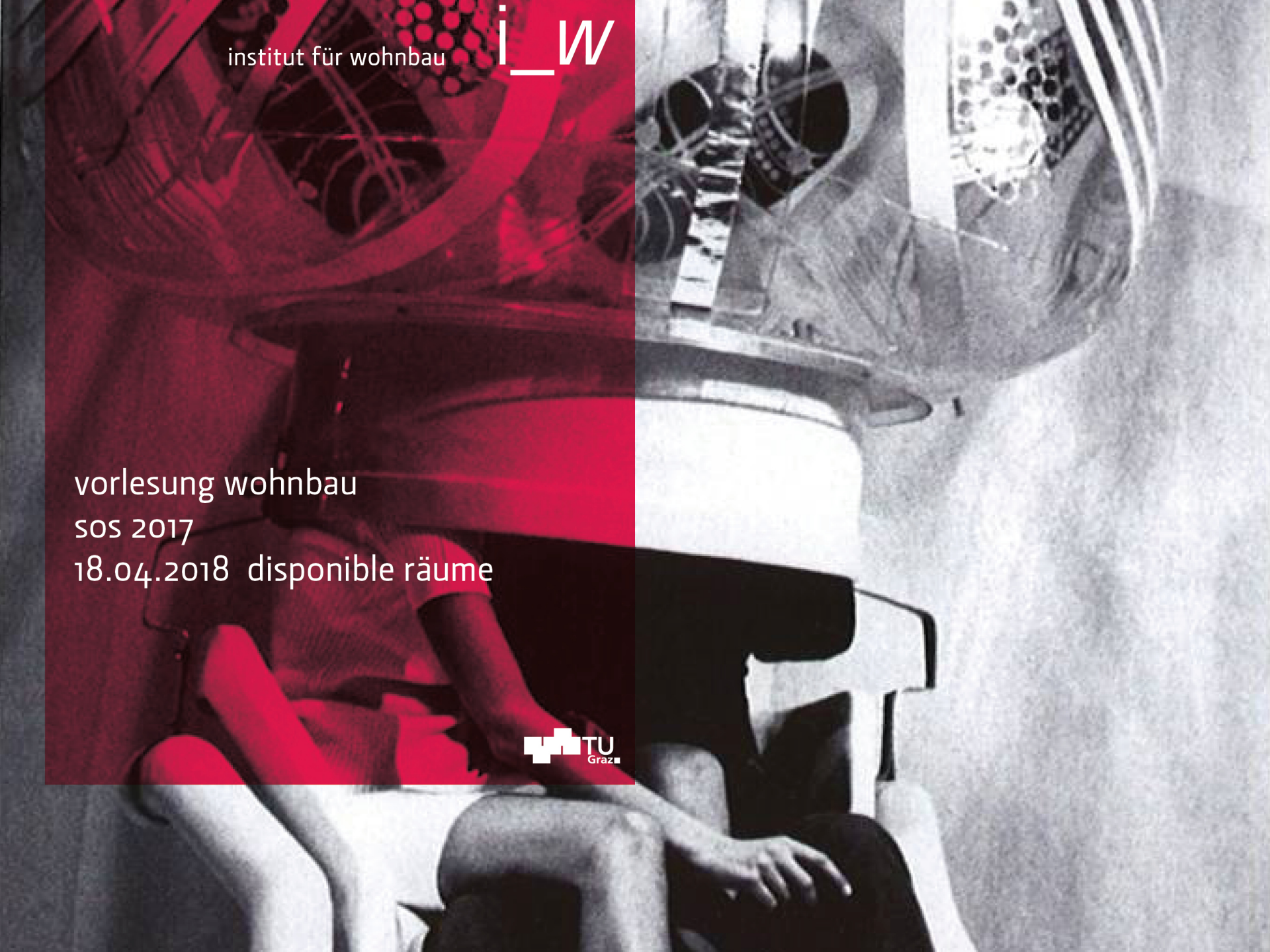
Gesamte Rechtsvorschrift für Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Teil III Artikel 11, Fassung vom 06.04.2016

institut für wohnbau

i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
11.04.2018 intro

TU Graz



institut für wohnbau i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
18.04.2018 disponible räume

TU Graz

institut für wohnbau i_W



vorlesung wohnbau
sos 2017
25.04.2018 raumtypologien.
entwicklung aus möbeln I

TU Graz



institut für wohnbau

i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
02.05.2018 raumtypologien.
entwicklung aus möbeln II

TU Graz



institut für wohnbau

i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
09.05.2018 raumtypologien.
entwicklung aus möbeln III

TU Graz



institut für wohnbau i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
16.05.2018 treppen_mythologien

TU Graz

institut für wohnbau i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
23.05.2018 fassaden_textiles



TU Graz

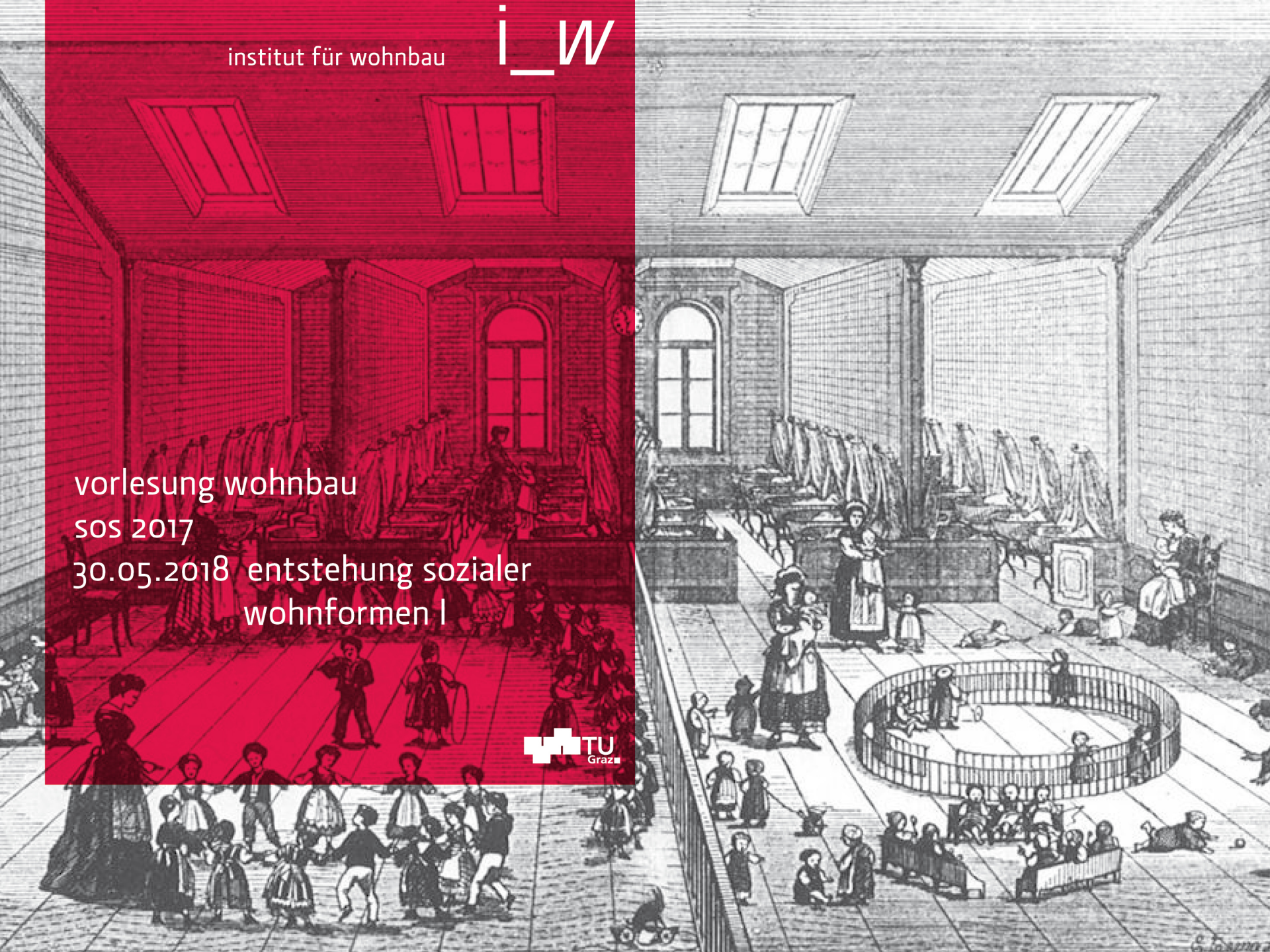
institut für wohnbau

i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017

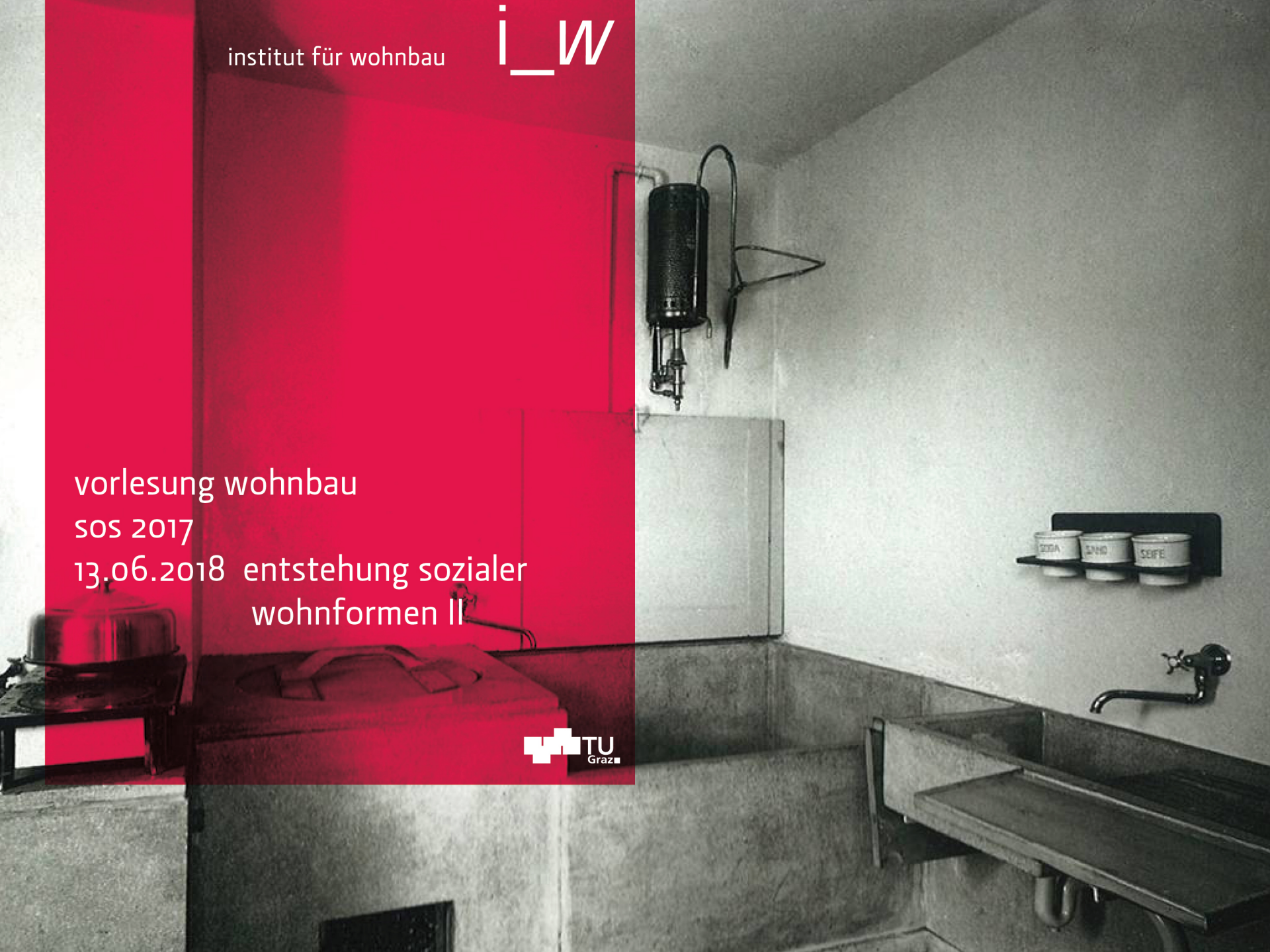
30.05.2018 entstehung sozialer wohnformen I

TU Graz



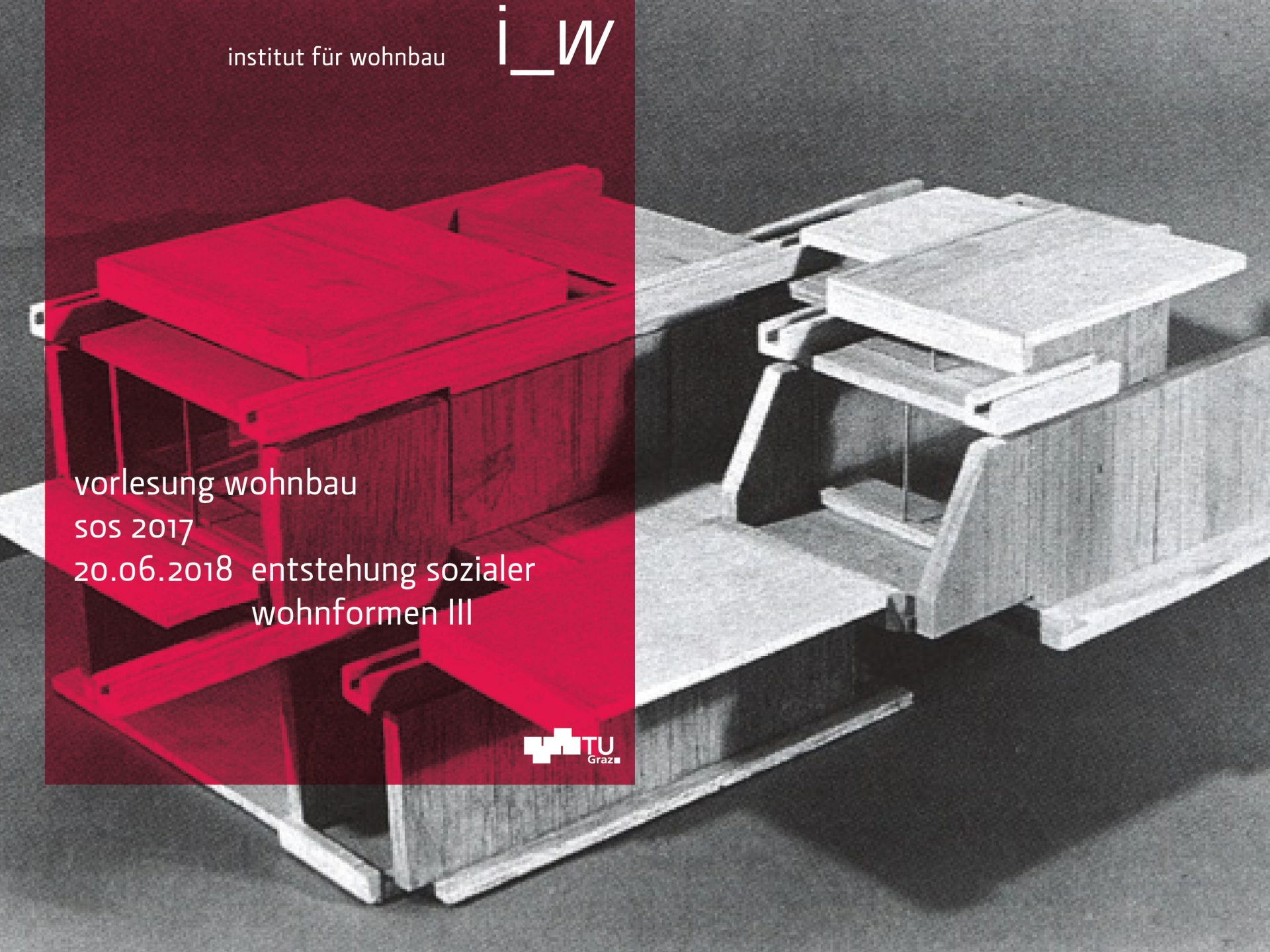
institut für wohnbau i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
13.06.2018 entstehung sozialer wohnformen II



TU Graz

institut für wohnbau i_w



vorlesung wohnbau
sos 2017
20.06.2018 entstehung sozialer wohnformen III

TU Graz

institut für wohnbau

lichtblauwagner architekten
projektauswahl



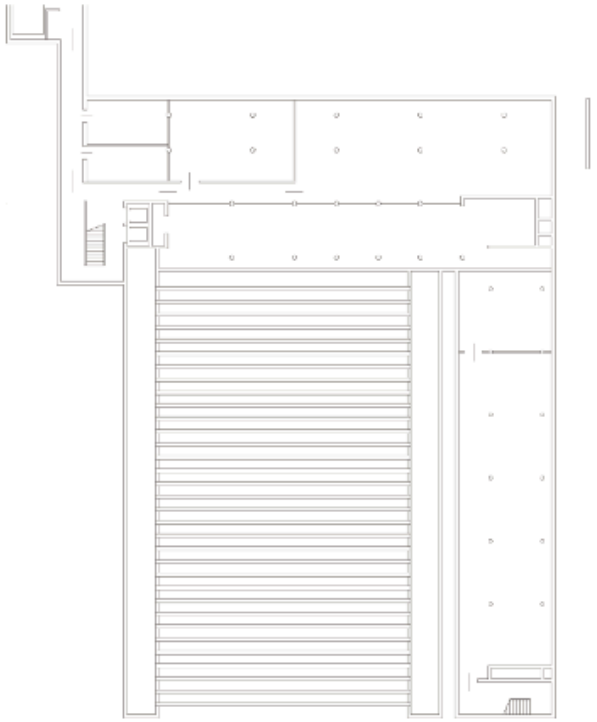








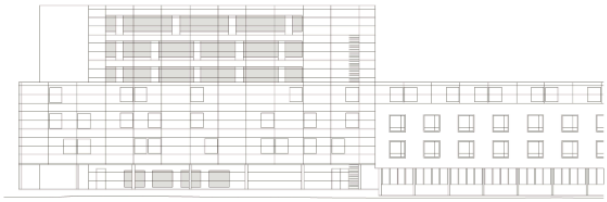










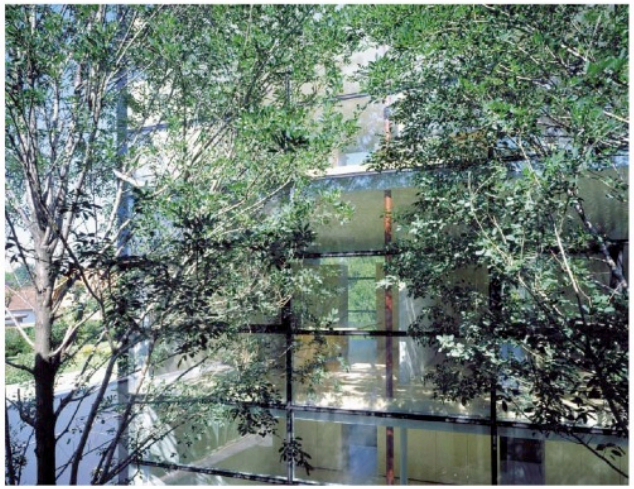








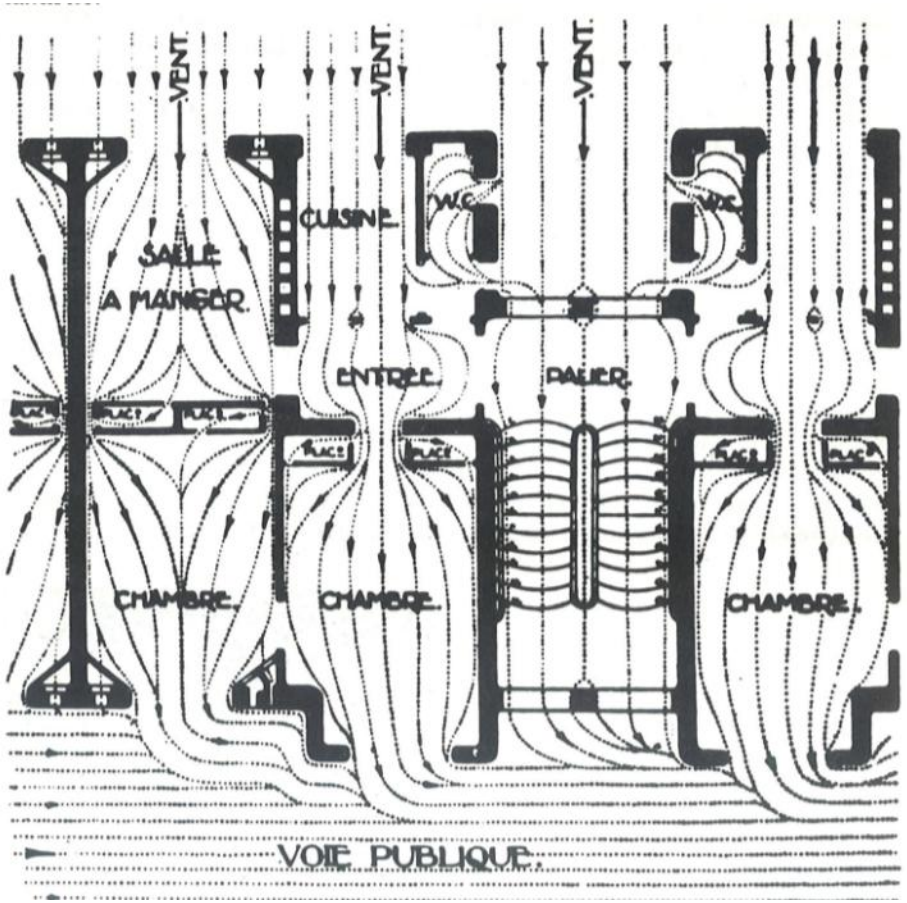




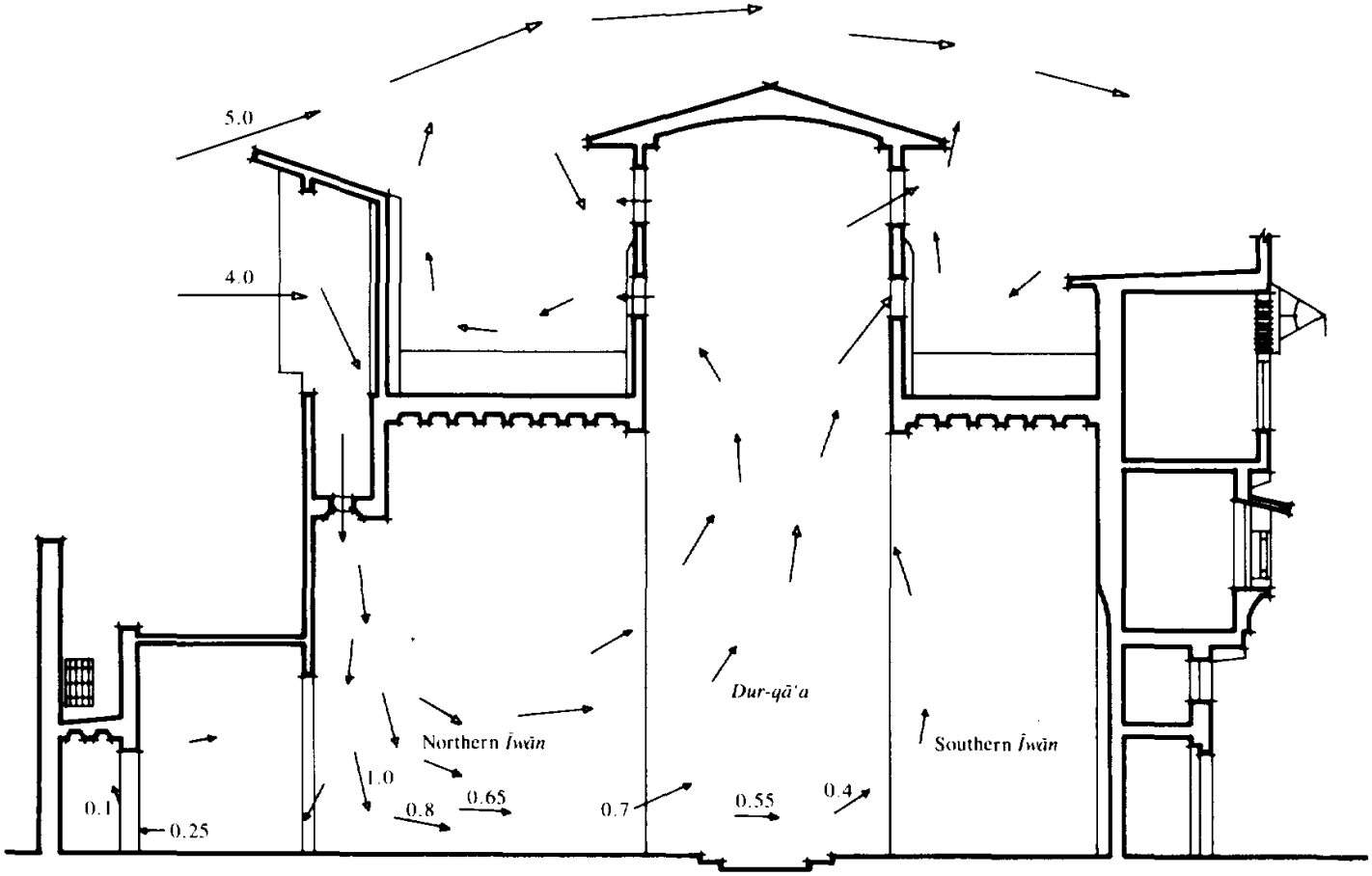








wohnungsgrundriss mit lüftungsströmen, a.a.rey 1914



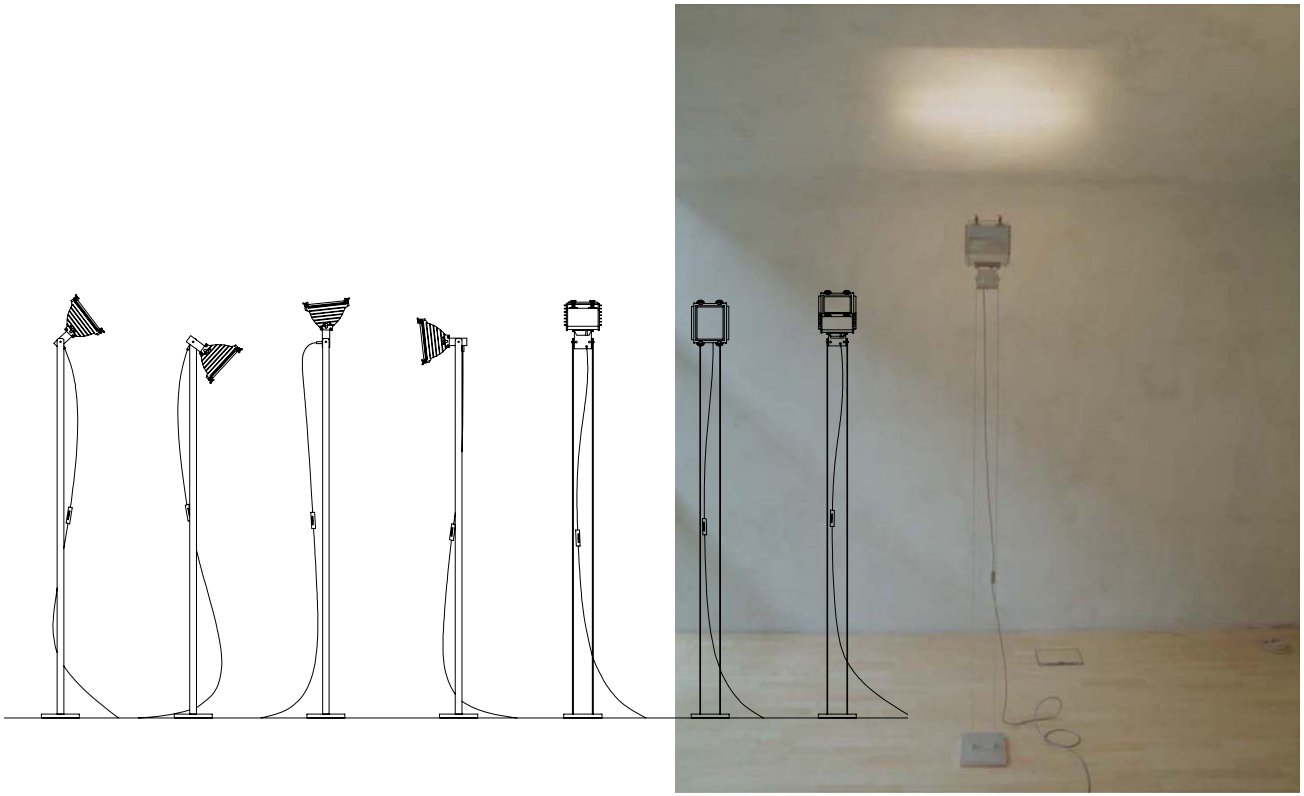
windtürme, zeichnung hassan fathy



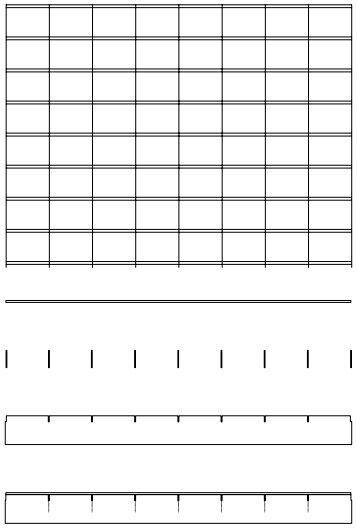
glass house, new canaan, philip johnson und richard foster 1949

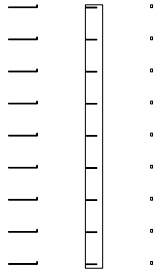


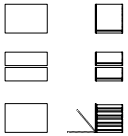








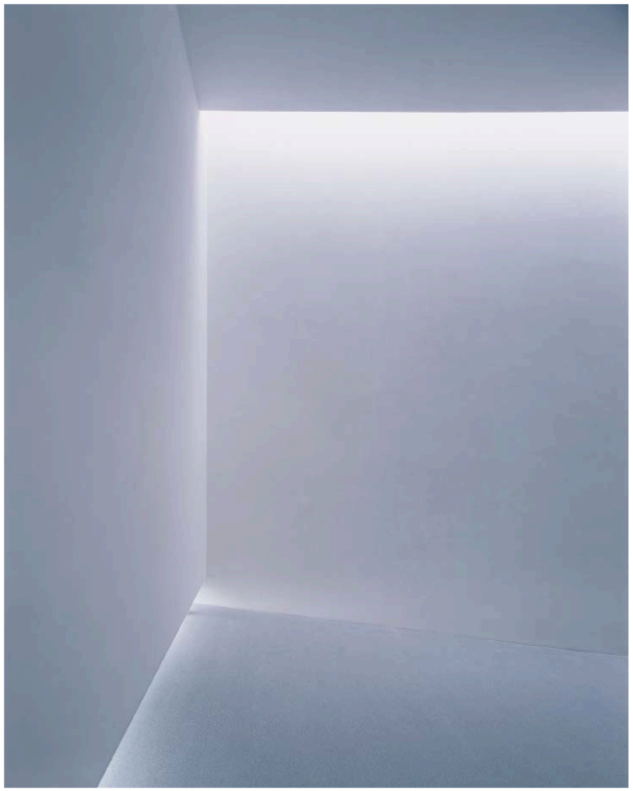


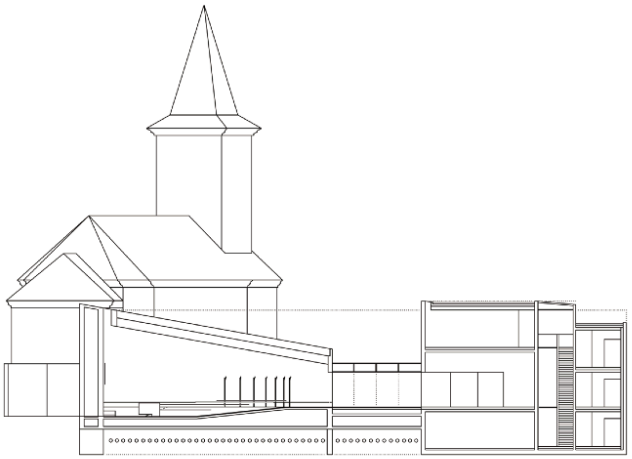




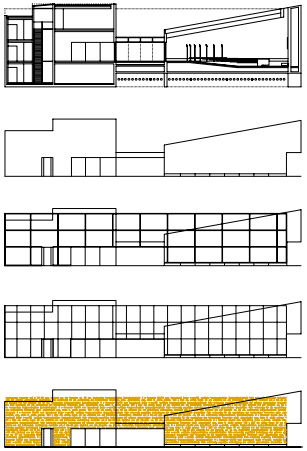






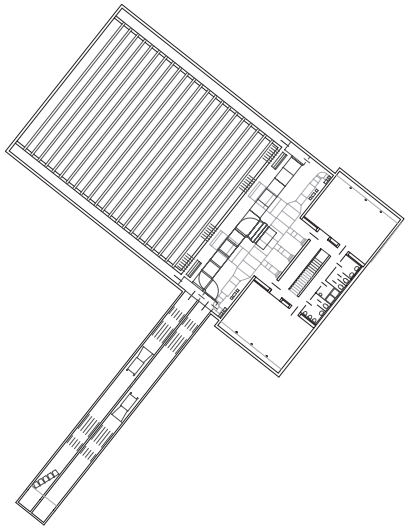



einmal im
Kinder nic
wenn ich

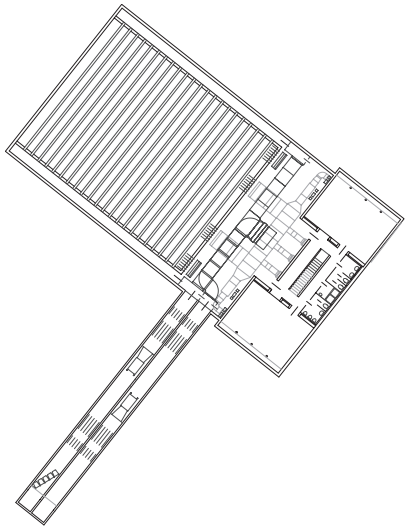










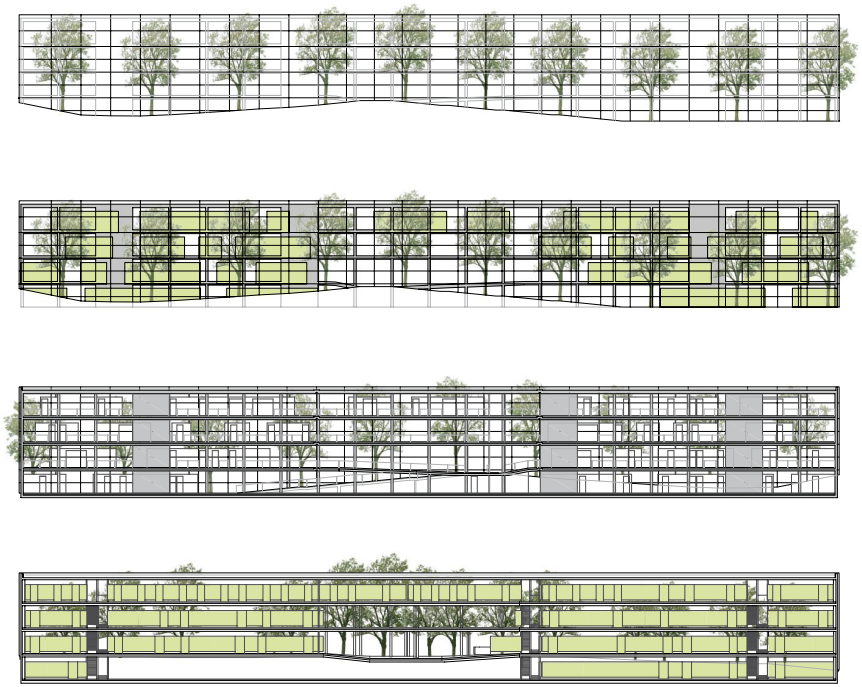


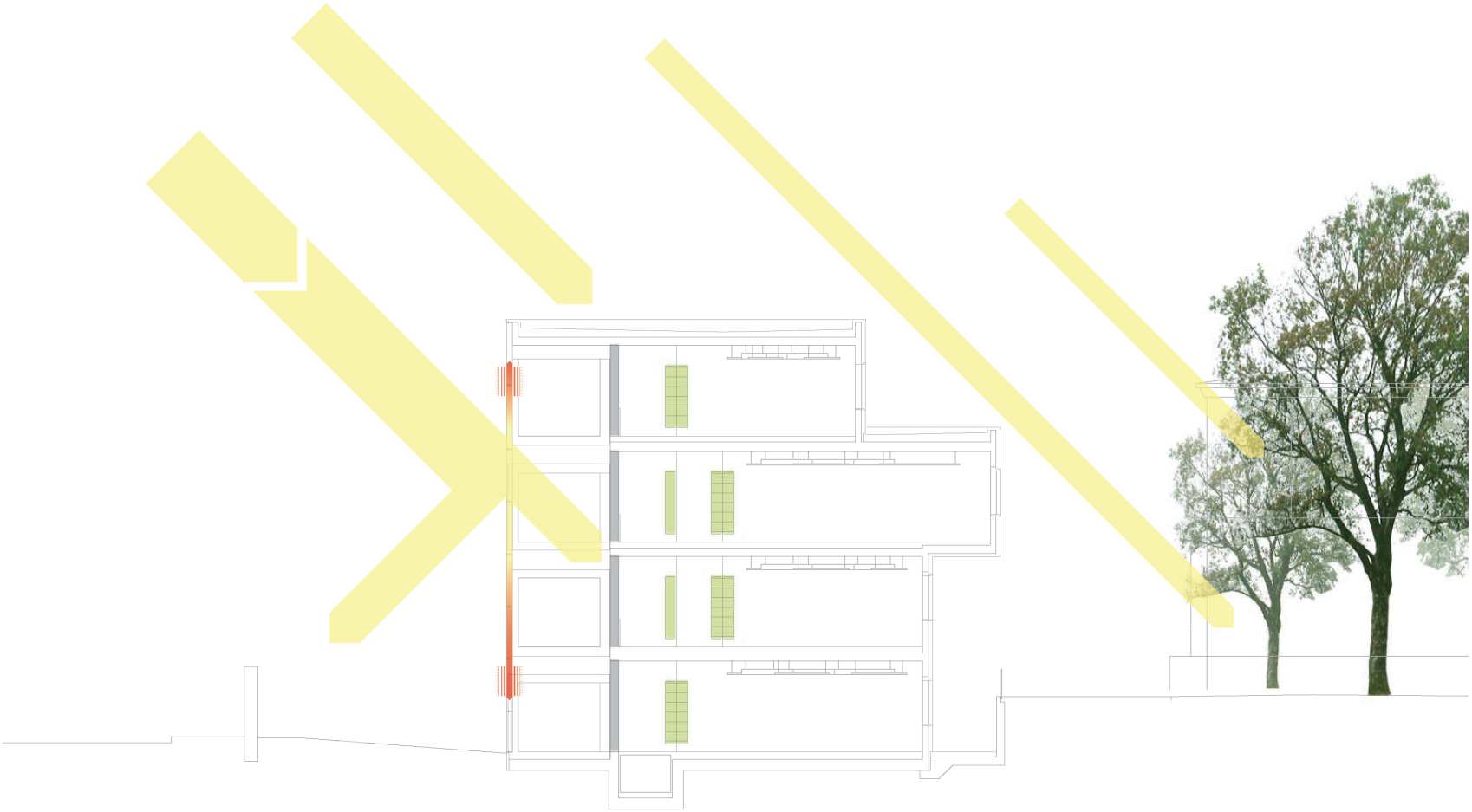




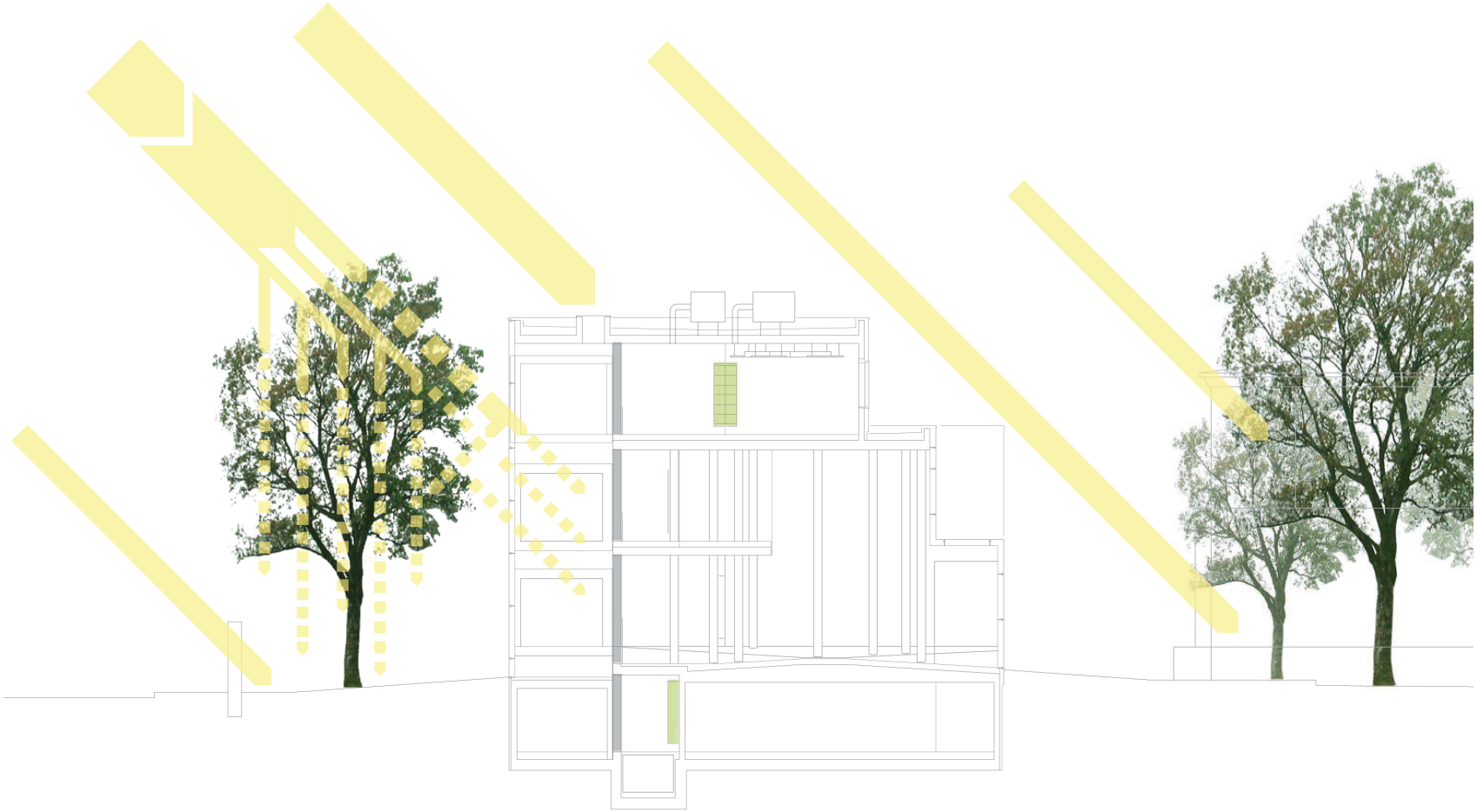






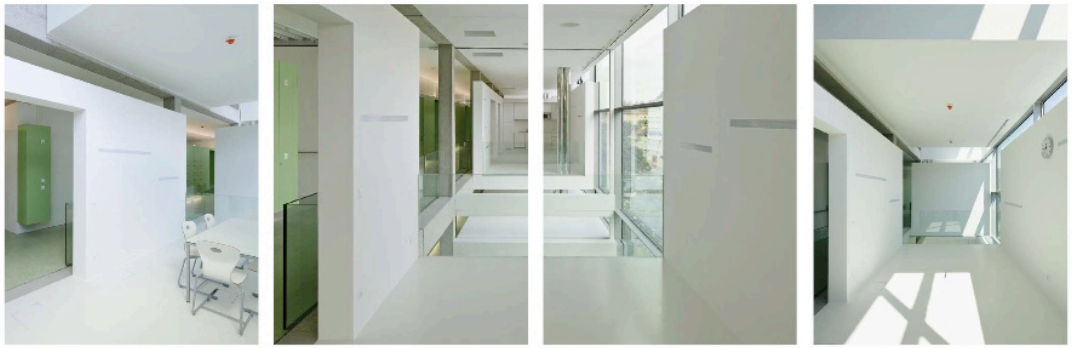


szx wien, lichtblau*wagner* 2007-2010: sonneneinstrahlung ohne bäume



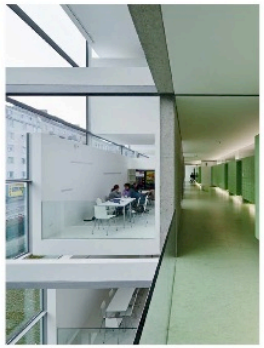
szx wien, lichtblau*wagner* 2007-2010: sonneneinstrahlung gefiltert durch bäume









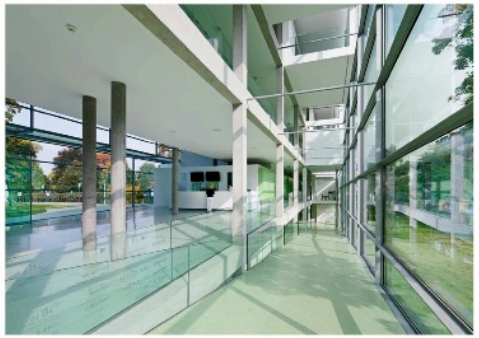













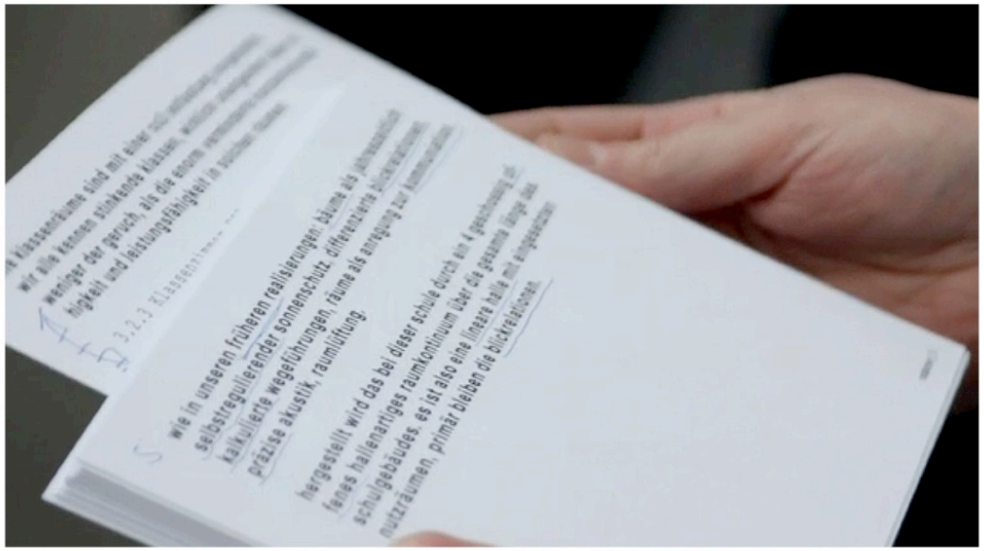



GRÜNE WÄRME
FERNWÄRME











DEUTSCHES

WÖRTERBUCH

VON

JACOB GRIMM UND WILHELM GRIMM.

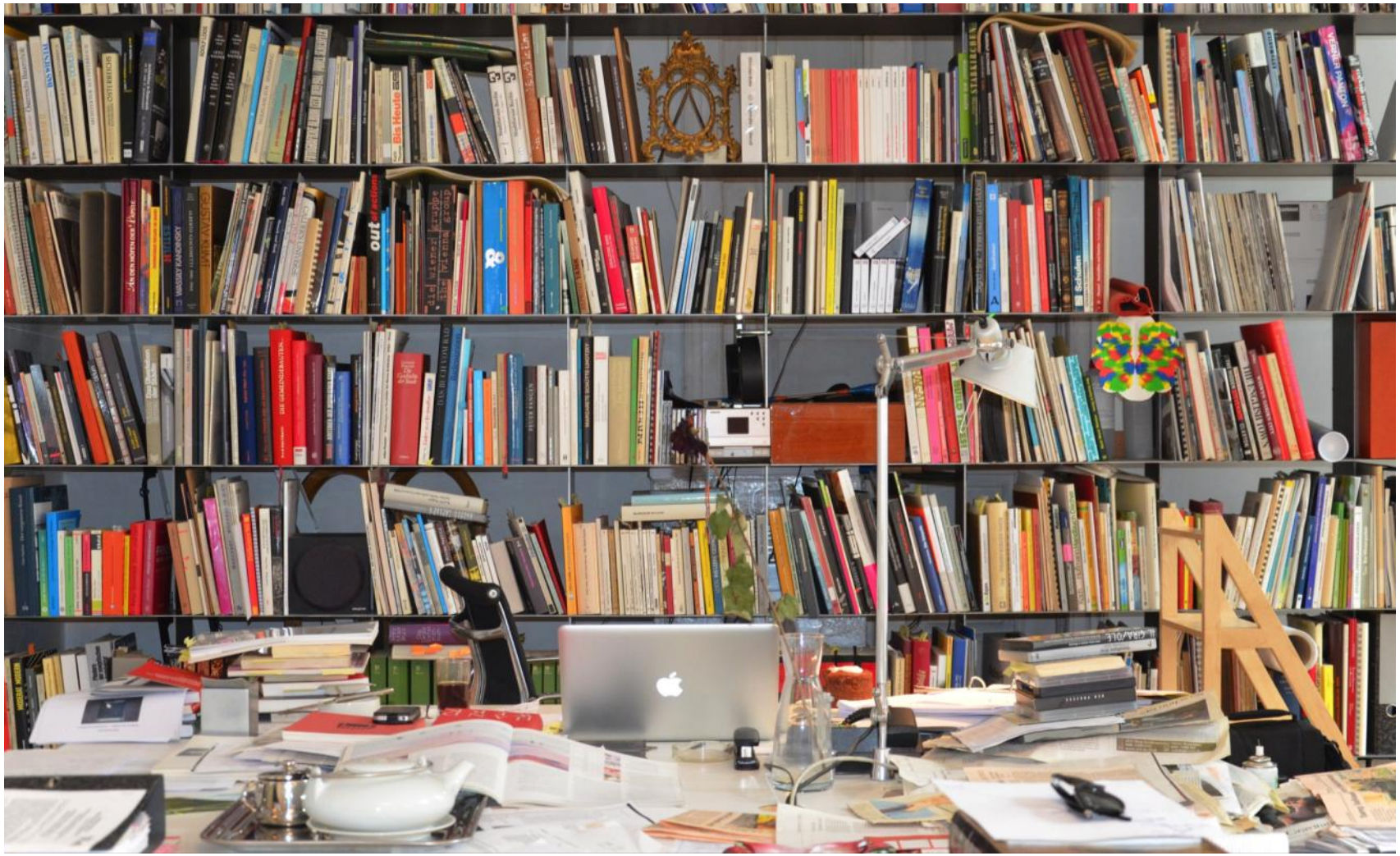


ERSTER BAND.

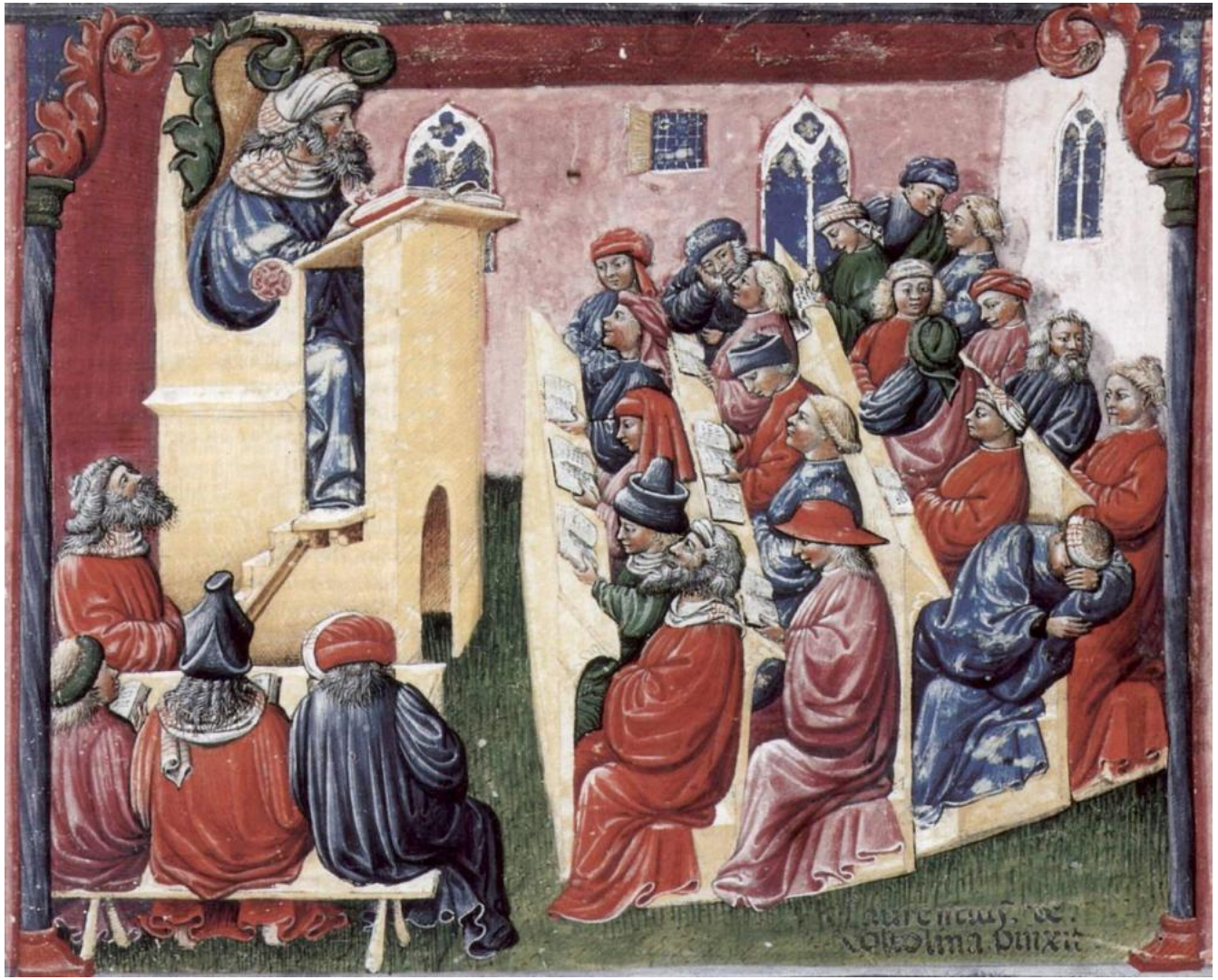
A — BIERMOLKE.

LEIPZIG
VERLAG VON S. HIRZEL.
1854.

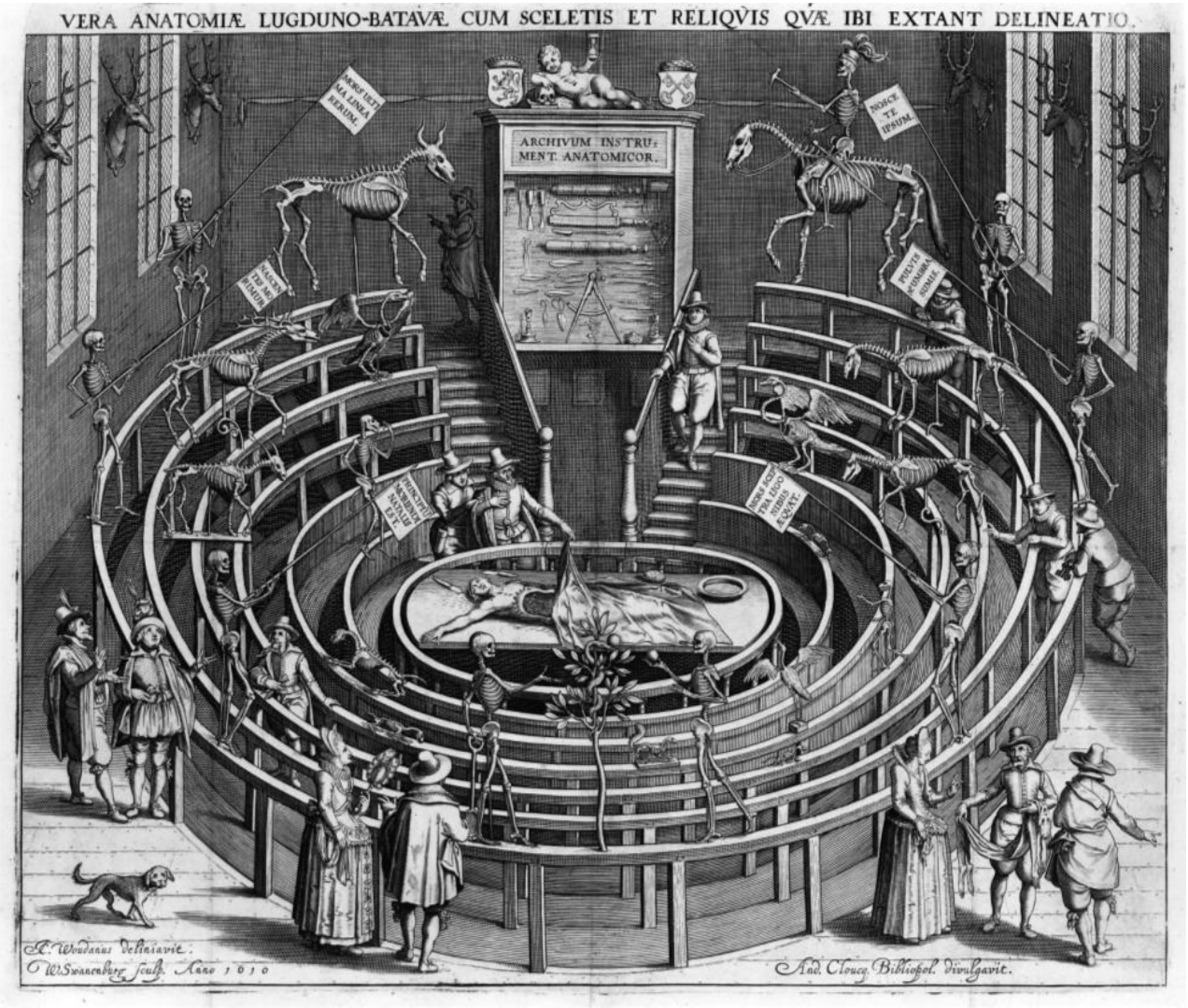
grimm´sches deutsches wörterbuch, titel band 1, 1854



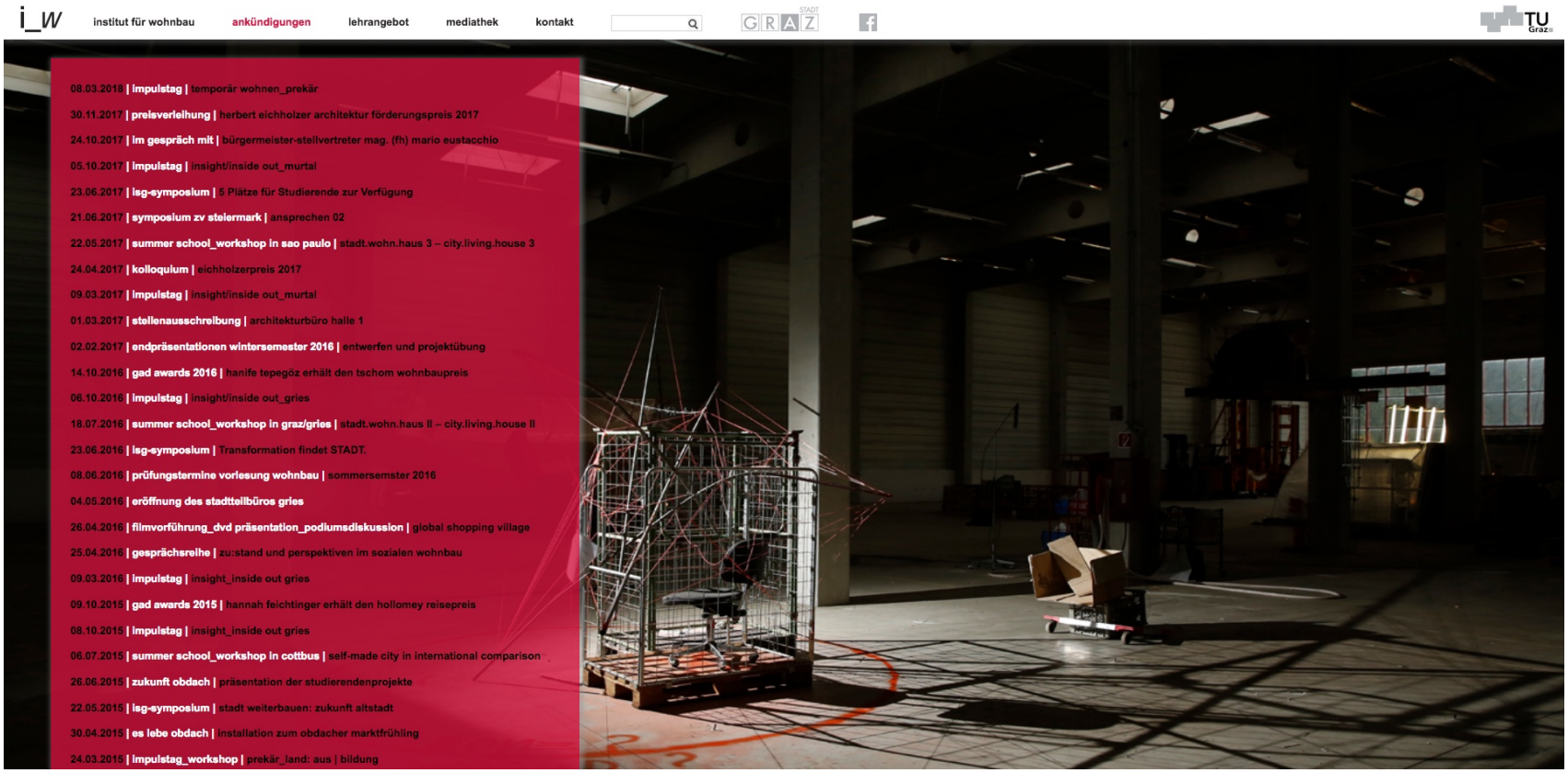
bibliothek lichtblau*wagner*



henricus de allemania vor seinen schülern, laurentius de voltolina um 1350



anatomisches theater in leiden, stich 1610


i_w
institut für wohnbau
ankündigungen
lehrangebot
mediathek
kontakt
GRAZ
TU Graz
08.03.2018 | impulstag | temporär wohnen_prekär
30.11.2017 | preisverleihung | herbert eichholzer architektur förderungspreis 2017
24.10.2017 | im gespräch mit | bürgermeister-stellvertreter mag. (fh) mario eustacchio
05.10.2017 | impulstag | insight/inside out_murtal
23.06.2017 | isg-symposium | 5 Plätze für Studierende zur Verfügung
21.06.2017 | symposium zv steiermark | ansprechen 02
22.05.2017 | summer school_workshop in sao paulo | stadt.wohn.haus 3 – city.living.house 3
24.04.2017 | kolloquium | eichholzerpreis 2017
09.03.2017 | impulstag | insight/inside out_murtal
01.03.2017 | stellenausschreibung | architekturbüro halle 1
02.02.2017 | endpräsentationen wintersemester 2016 | entwerfen und projektübung
14.10.2016 | gad awards 2016 | hanife tepegöz erhält den tschom wohnbaupreis
06.10.2016 | impulstag | insight/inside out_gries
18.07.2016 | summer school_workshop in graz/gries | stadt.wohn.haus II – city.living.house II
23.06.2016 | isg-symposium | Transformation findet STADT.
08.06.2016 | prüfungstermine vorlesung wohnbau | sommersemster 2016
04.05.2016 | eröffnung des stadtteilbüros gries
26.04.2016 | filmvorführung_dvd präsentation_podiumsdiskussion | global shopping village
25.04.2016 | gesprächsreihe | zu:stand und perspektiven im sozialen wohnbau
09.03.2016 | impulstag | insight_inside out gries
09.10.2015 | gad awards 2015 | hannah feichtinger erhält den hollomey reisepreis
08.10.2015 | impulstag | insight_inside out gries
06.07.2015 | summer school_workshop in cottbus | self-made city in international comparison
26.06.2015 | zukunft obdach | präsentation der studierendenprojekte
22.05.2015 | isg-symposium | stadt weiterbauen: zukunft altstadt
30.04.2015 | es lebe obdach | installation zum obdacher marktfrühling
24.03.2015 | impulstag_workshop | prekär_land: aus | bildung

homepage i_w

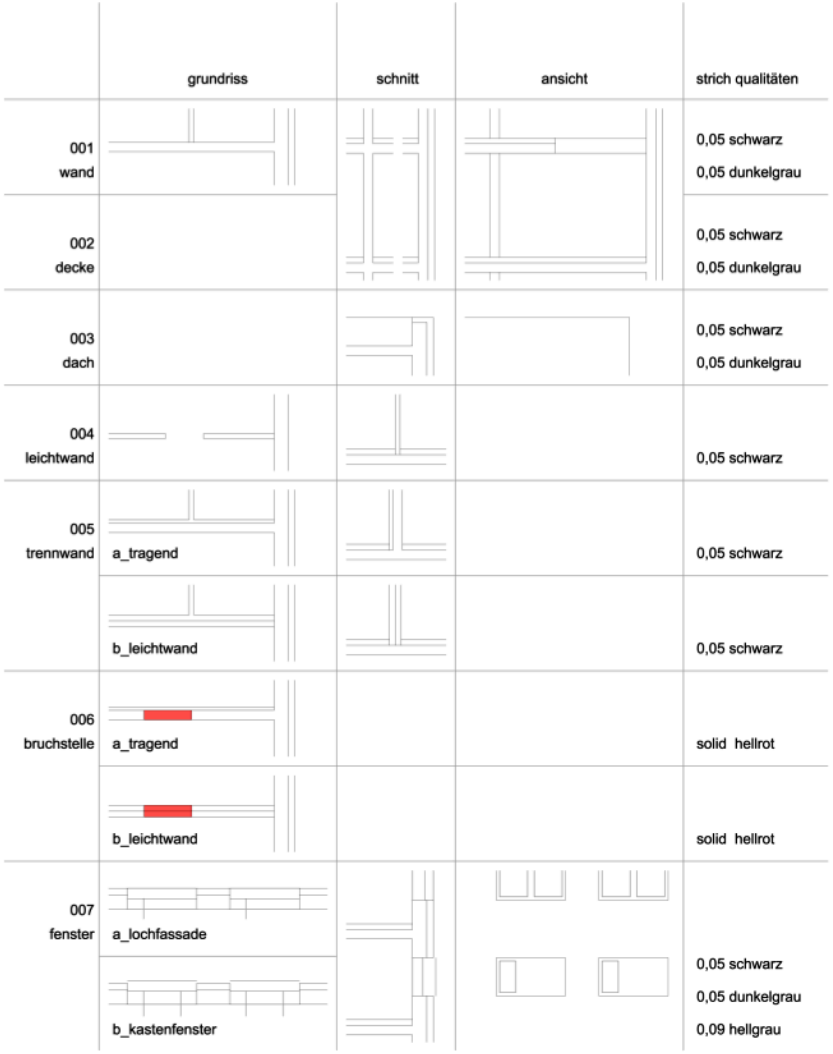
institut für wohnbau

i_w

grafikrichtlinien vorlage
stand november 2012

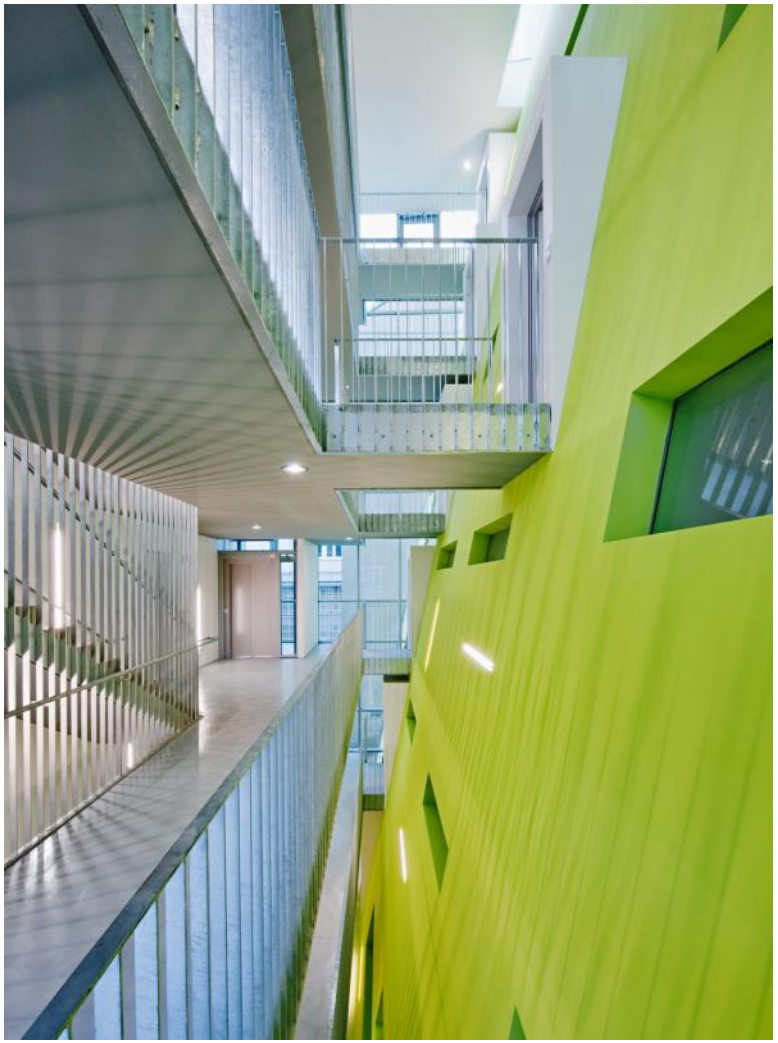


TU Graz

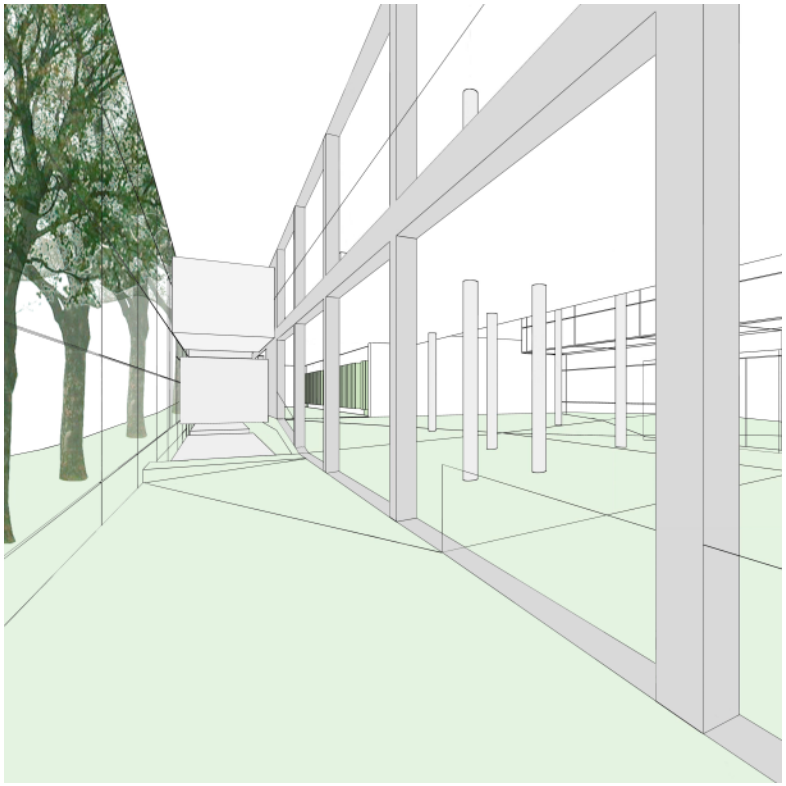


grafikrichtlinien



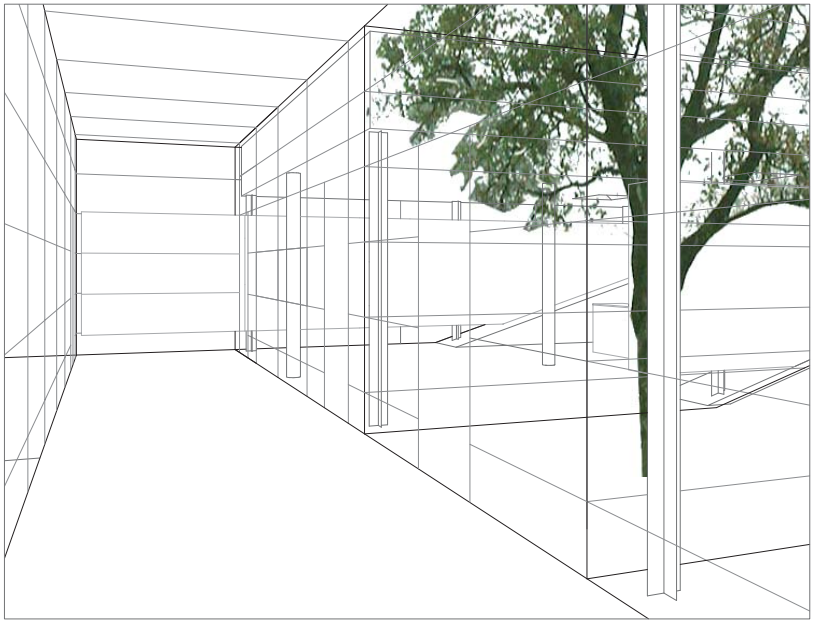


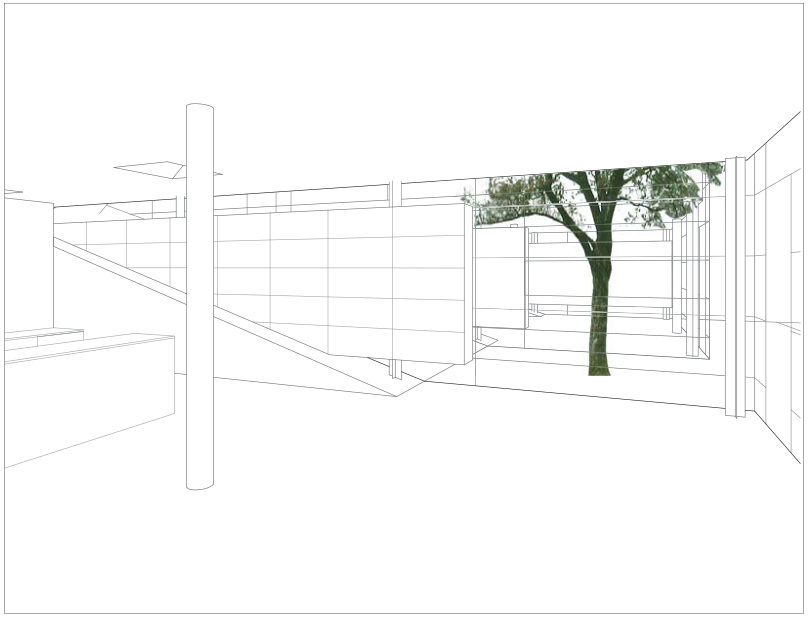
grafikrichtlinien, stimmungsbild





grafikrichtlinien





hang.haus hindersdorf, lichtblau*wagner* 2009



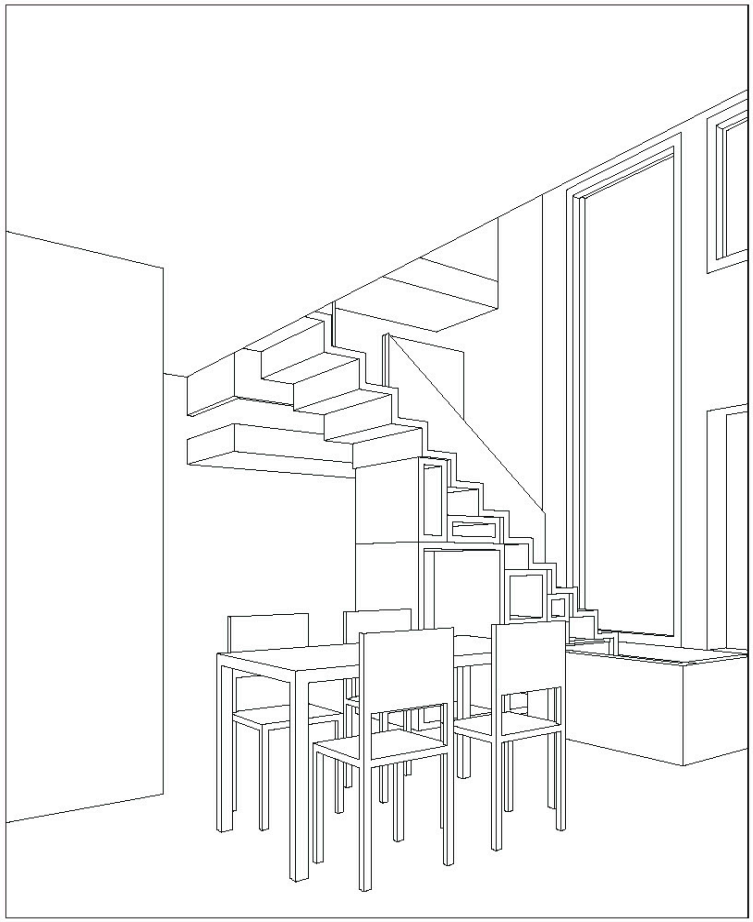
marcellus theater – zeichnung lichtblau

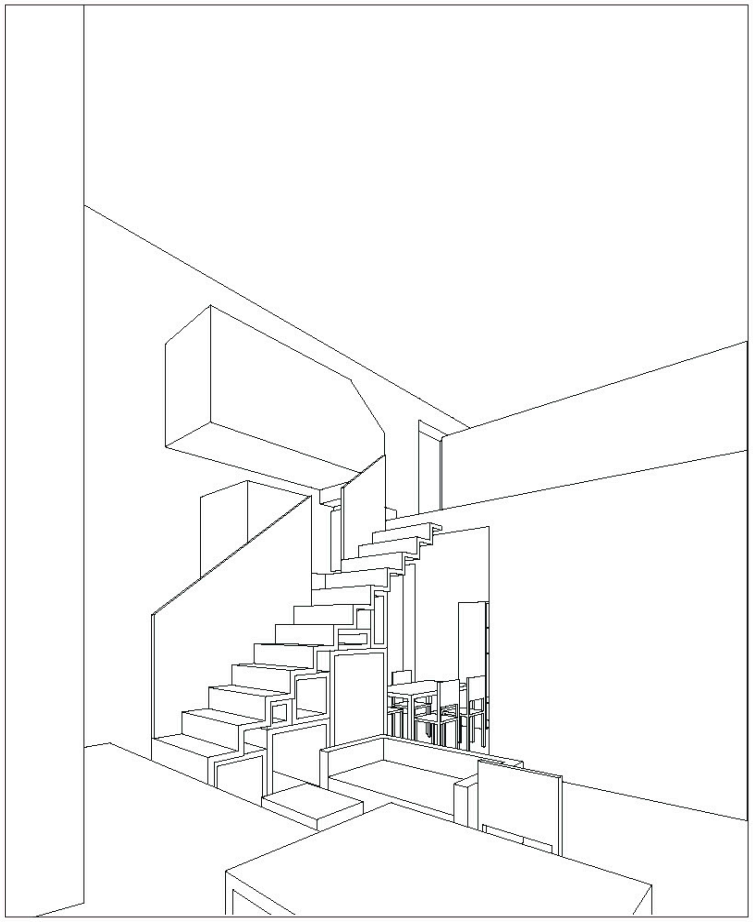
Fassadenskizze

Durch Einsatz von tranzluzenten Bereichen im Luftraum der Maisonettewohnungen, durch das Verschieben, welches die Erschließung ausbildet und durch unterschiedliche Fensterformate sollen die unterschiedlichen Einheiten im System weiterhin erkennbar sein.

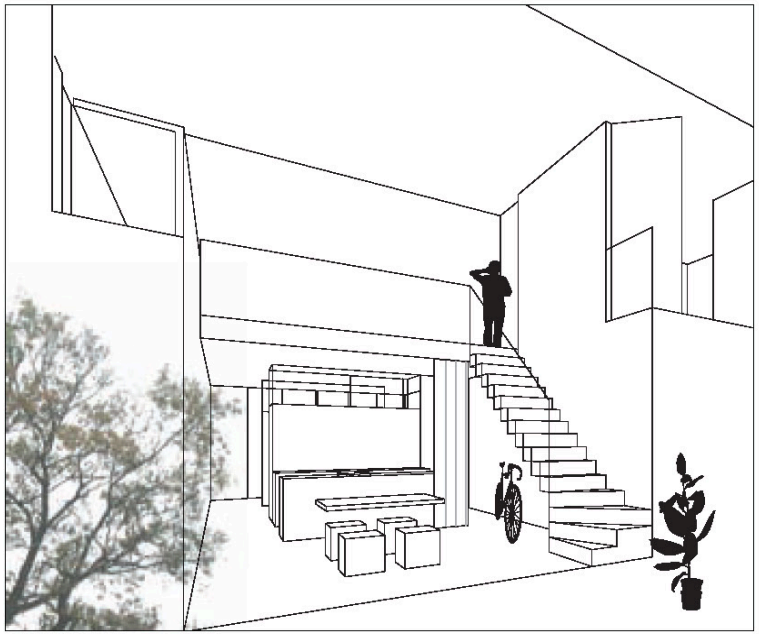


projektübung sebastian wattenberg

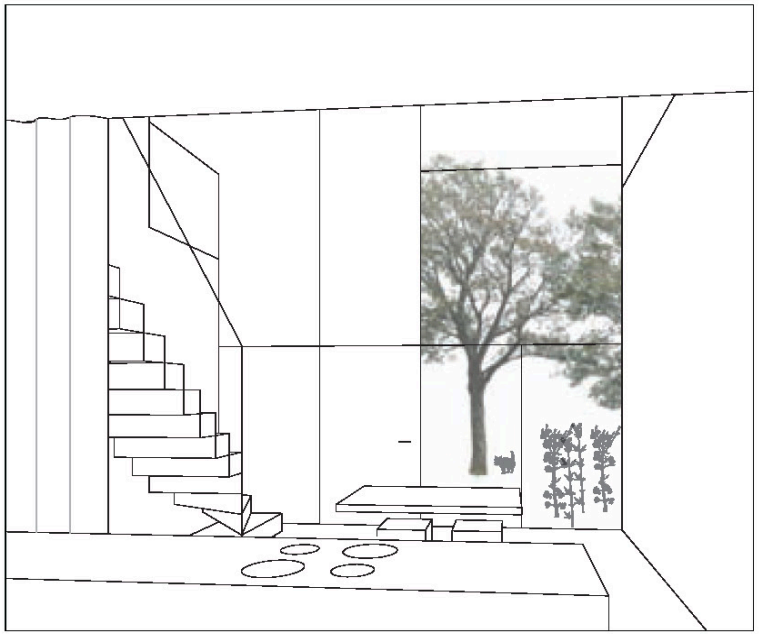




projektübung sebastian wattenberg



Perspektive Luftraum

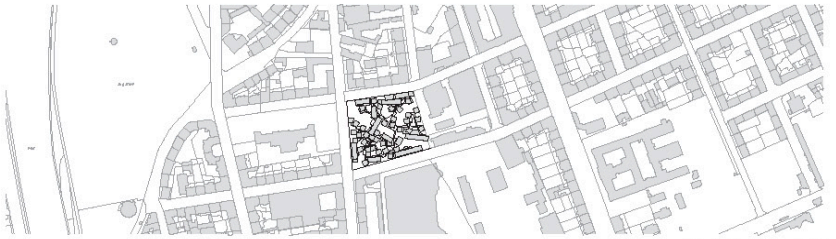


Perspektive Küche

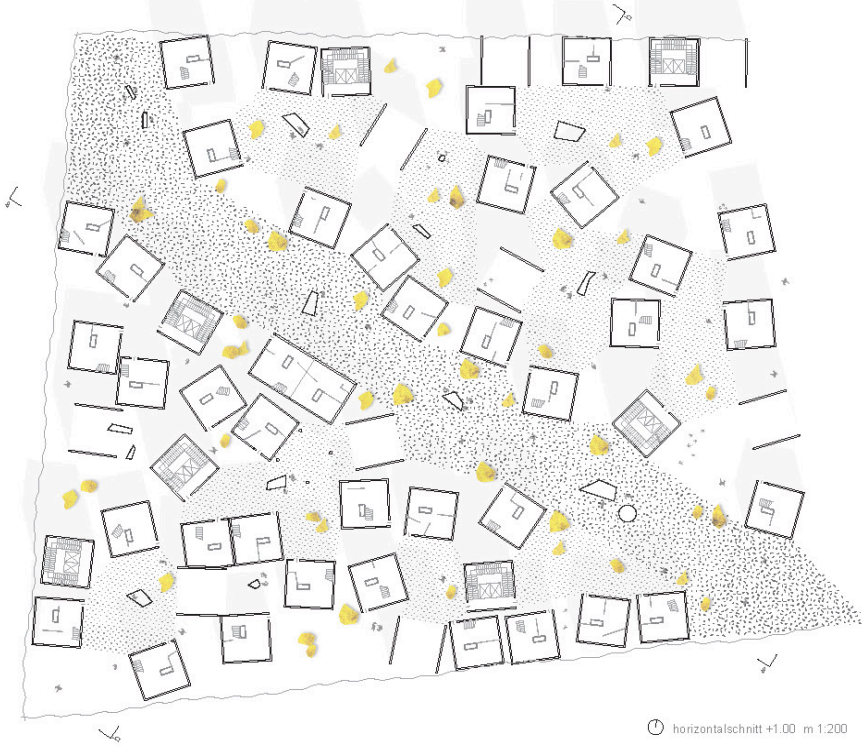
projektübung sebastian wattenberg



diplomarbeit stephan schmidt



strukturplan m 1:2000



horizontalschnitt +1.00 m 1:200



schnitt a-a m 1:500



schnitt b-b m 1:500



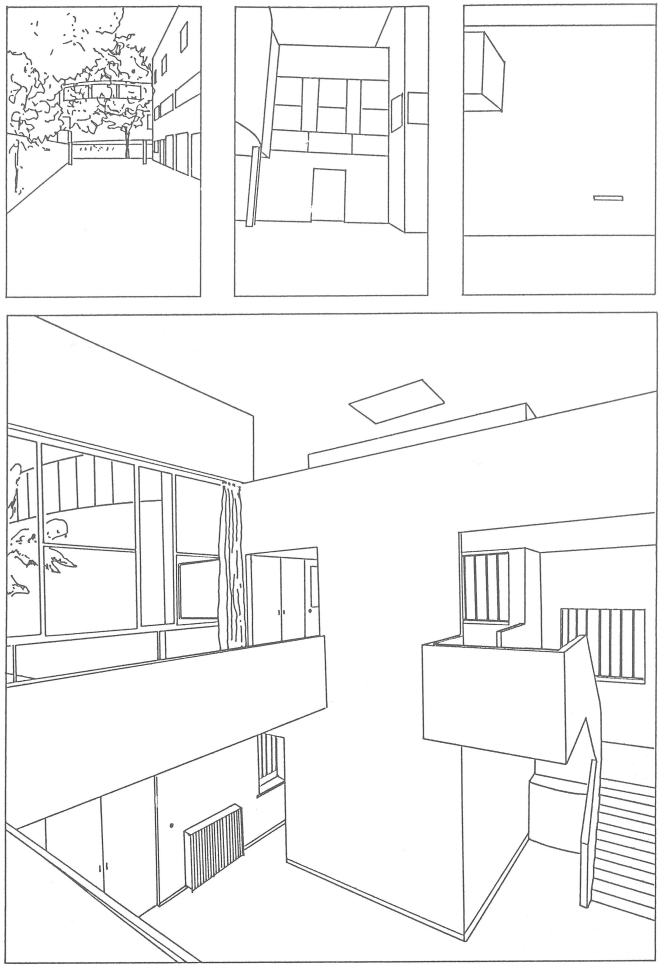
ansichten nord/ost m 1:500

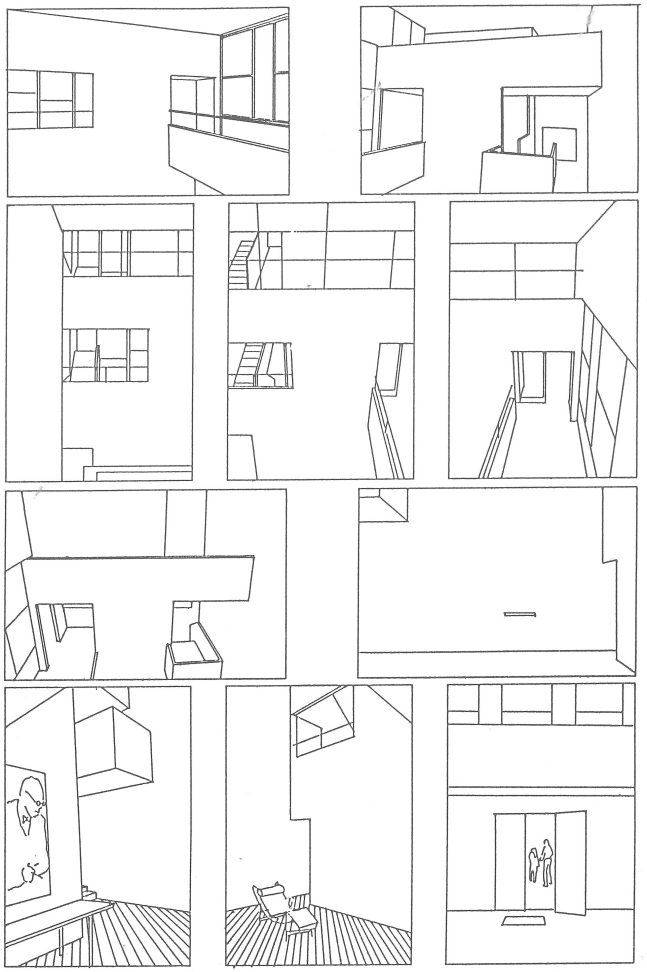


ansichten süd/west m 1:500



projektübung christoph walter pirker





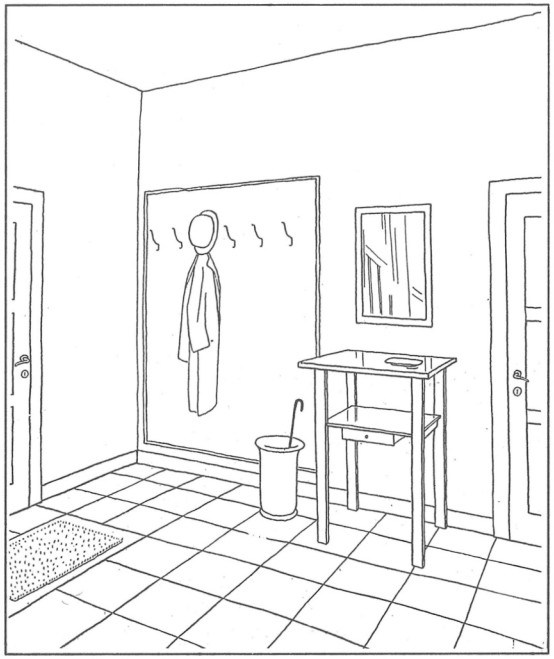
zeichnungen von le corbusier

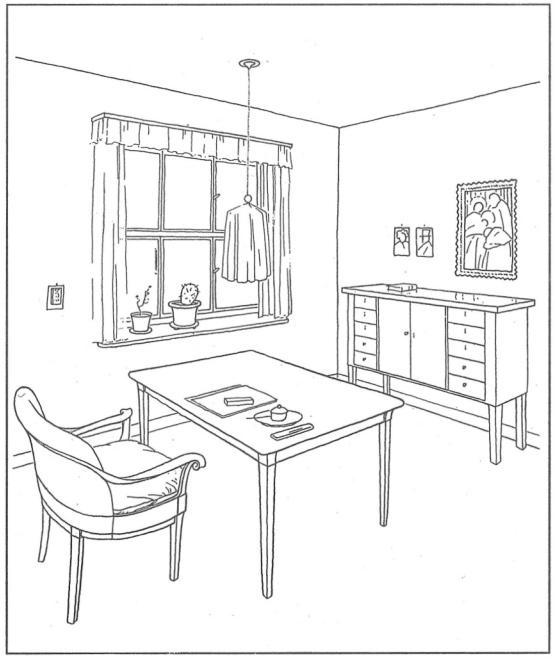




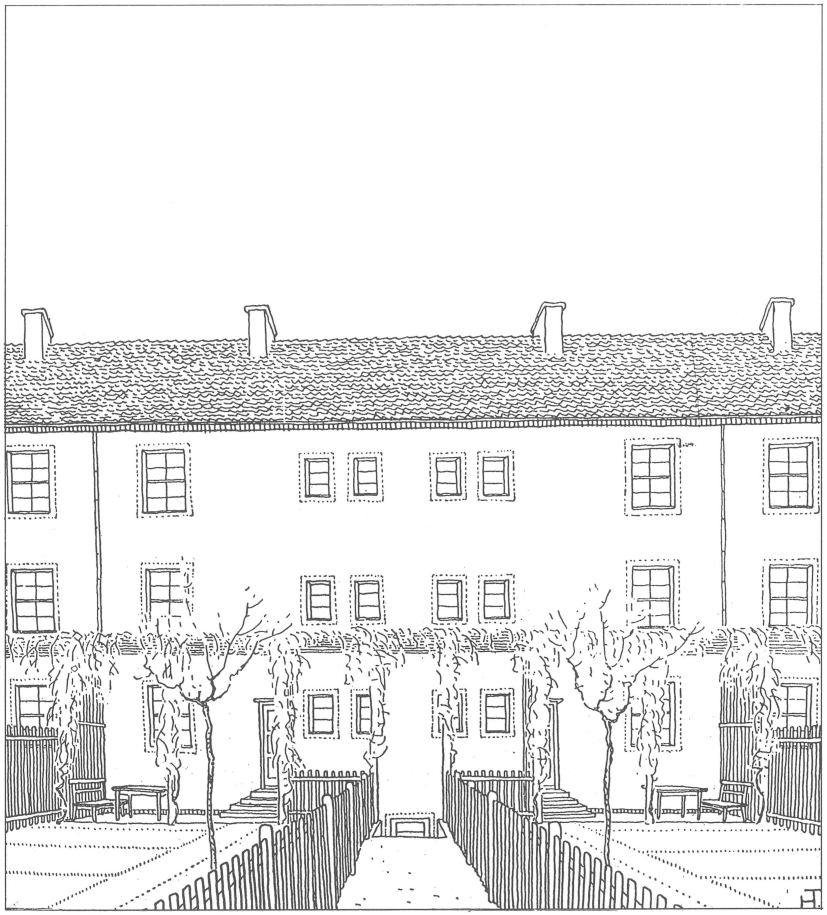
zeichnungen von le corbusier







zeichnungen von heinrich tessenow

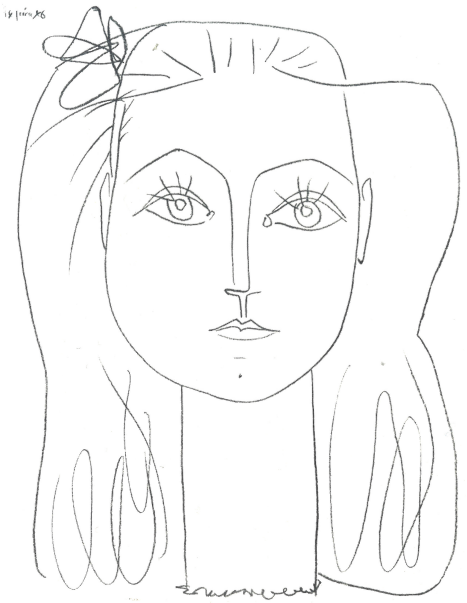


zeichnung von heinrich tessenow



40. FRANÇOISE

41. FRANÇOISE MIT HAARSCHLEIFE



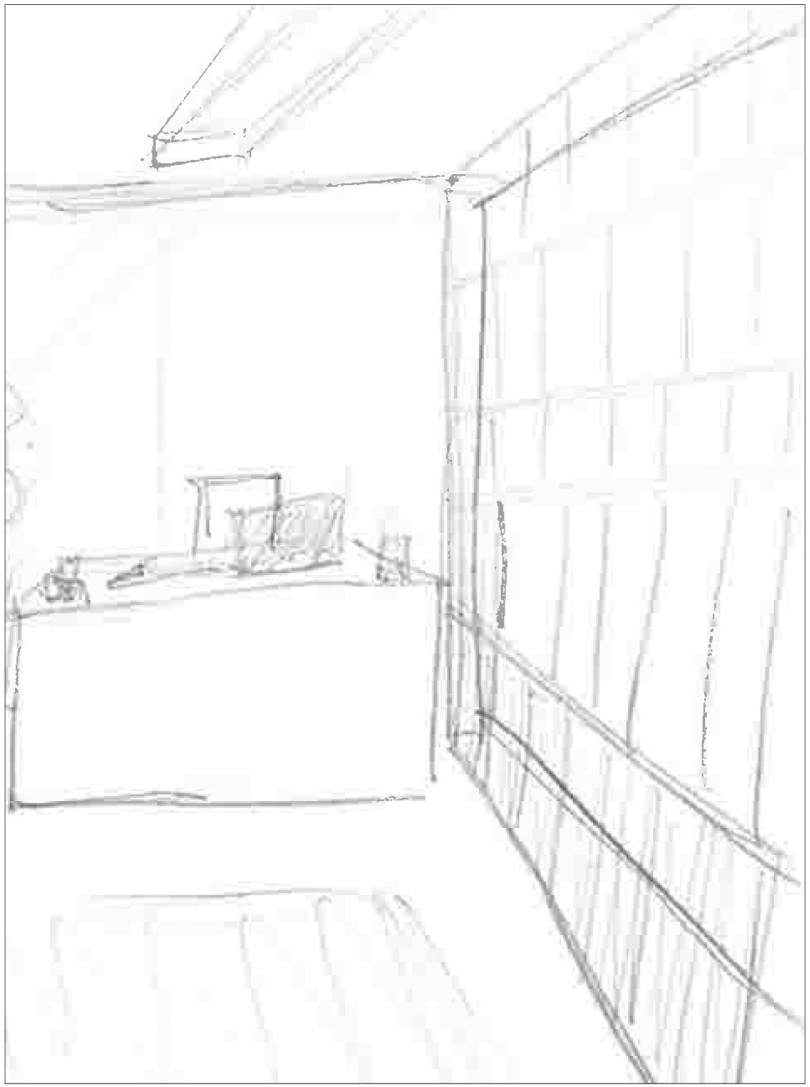
zeichnungen von pablo picasso

357. SPANISCHE FRAU

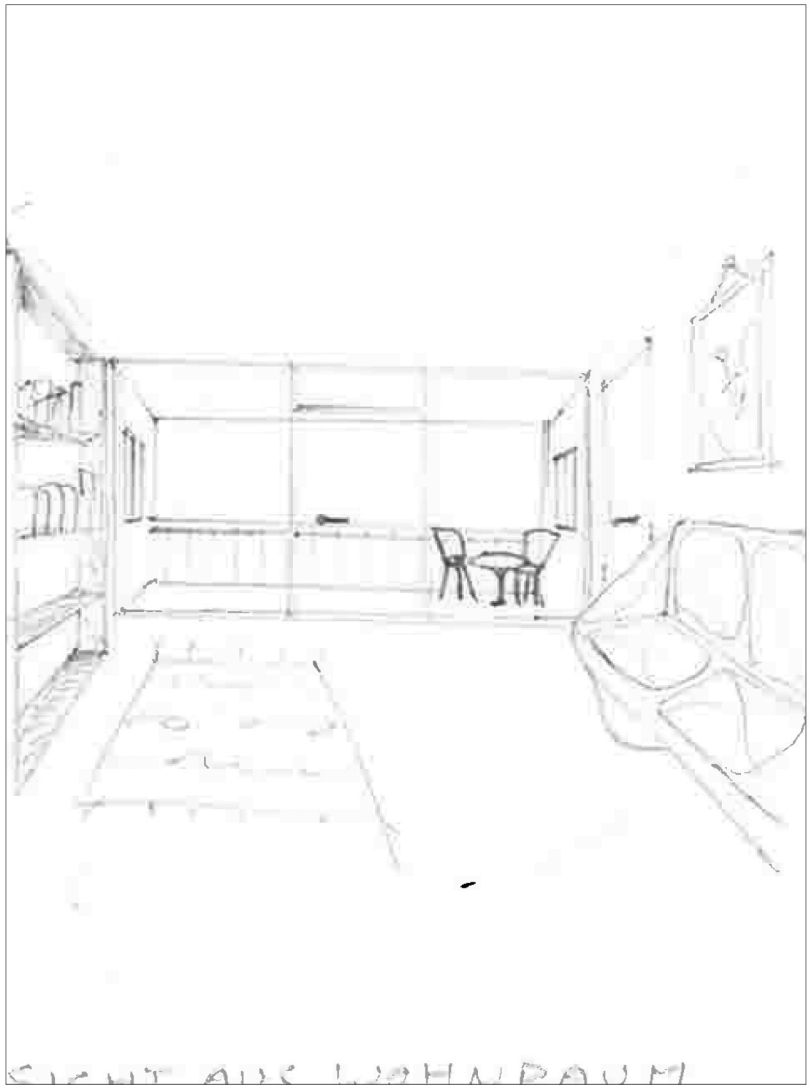


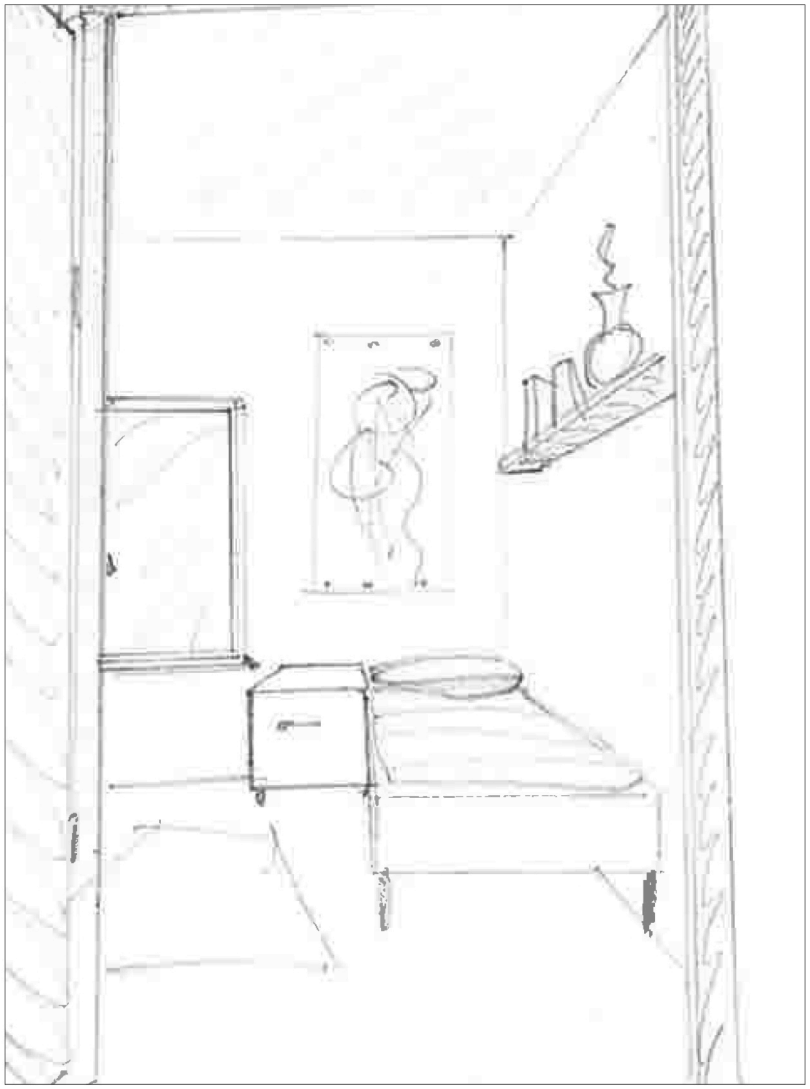
zeichnung von pablo picasso



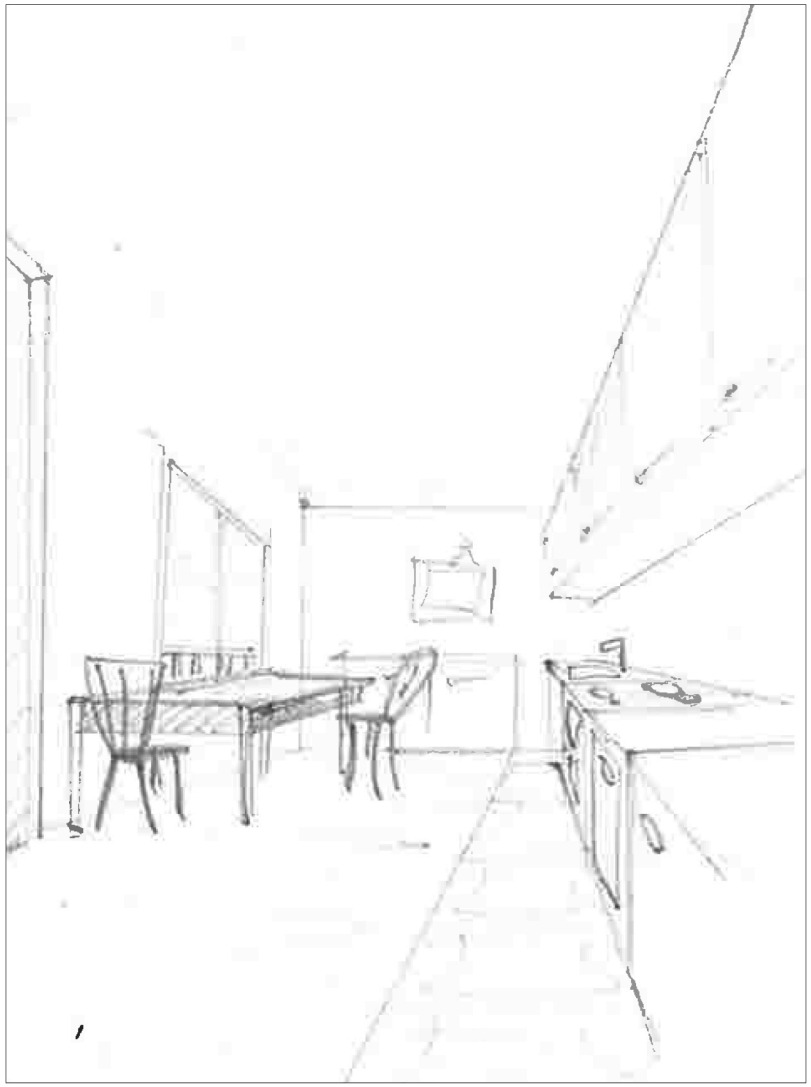


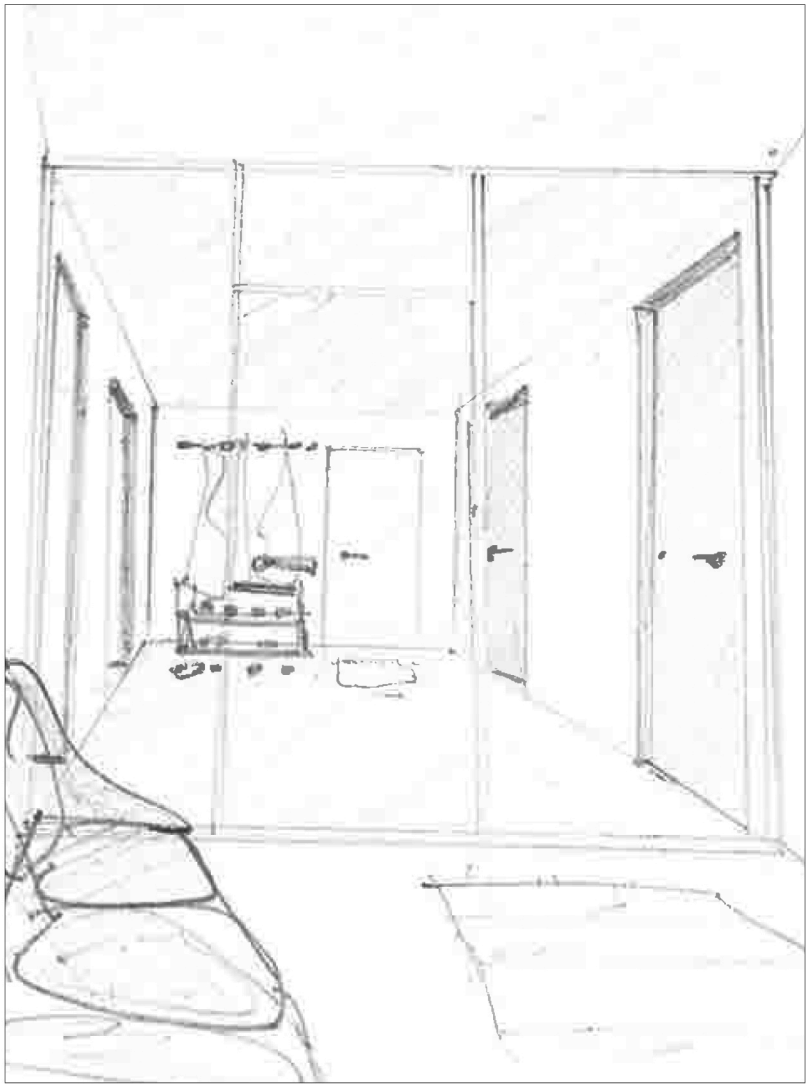
zeichnungen von theresa pribil, sos 2014





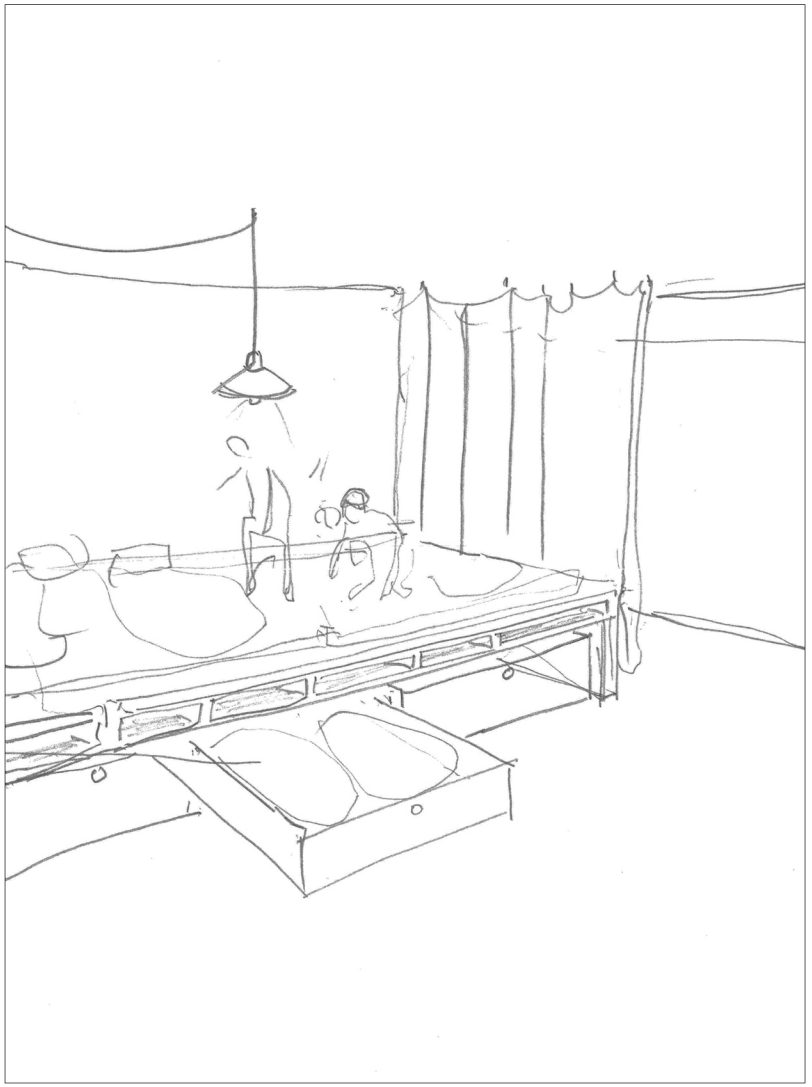
zeichnungen von felix obermair, sos 2014



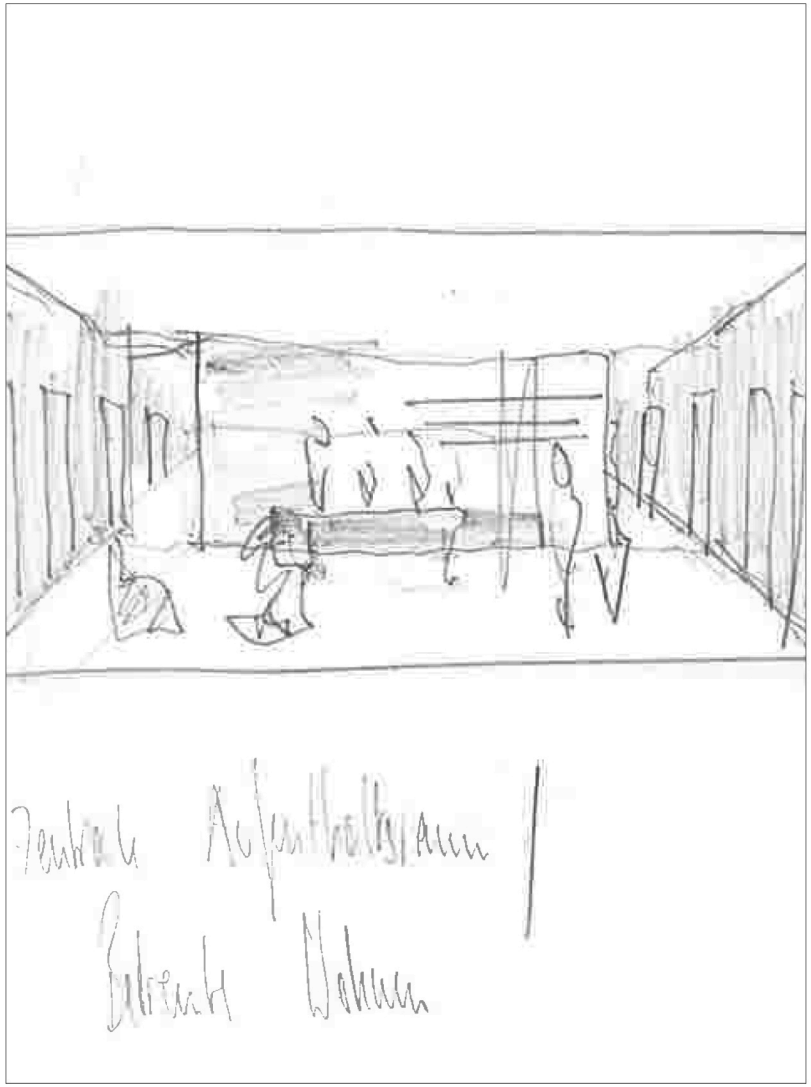


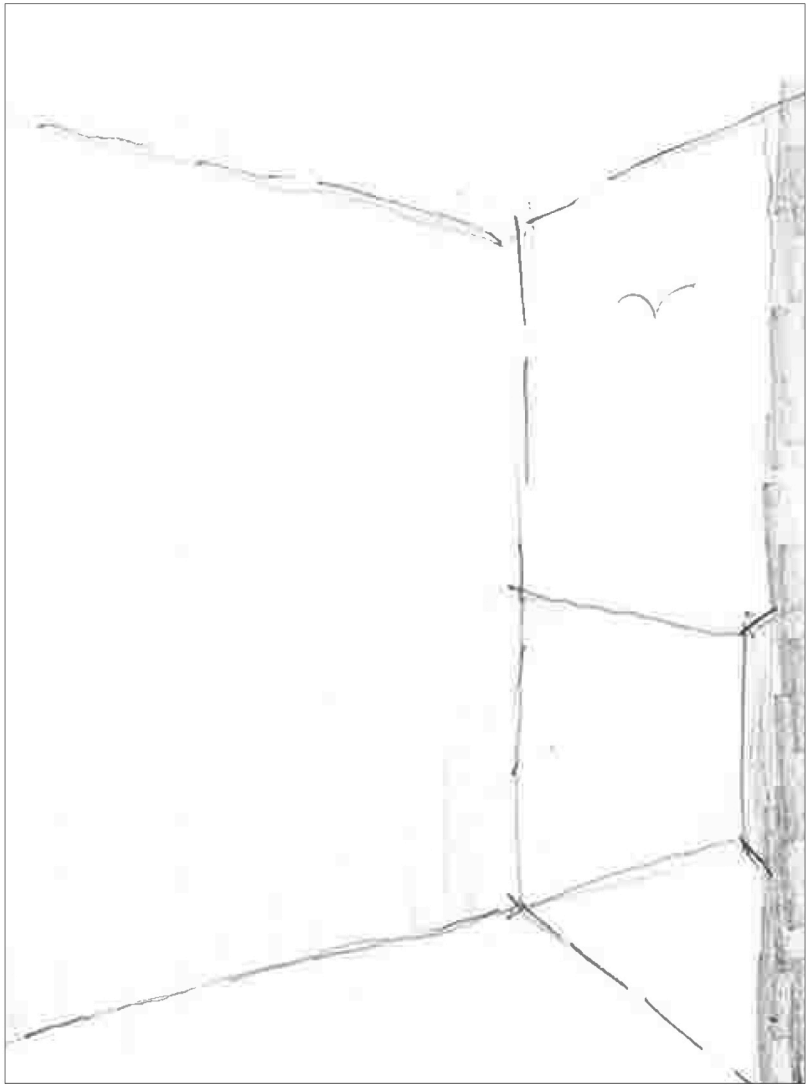
zeichnungen von felix obermair, sos 2014



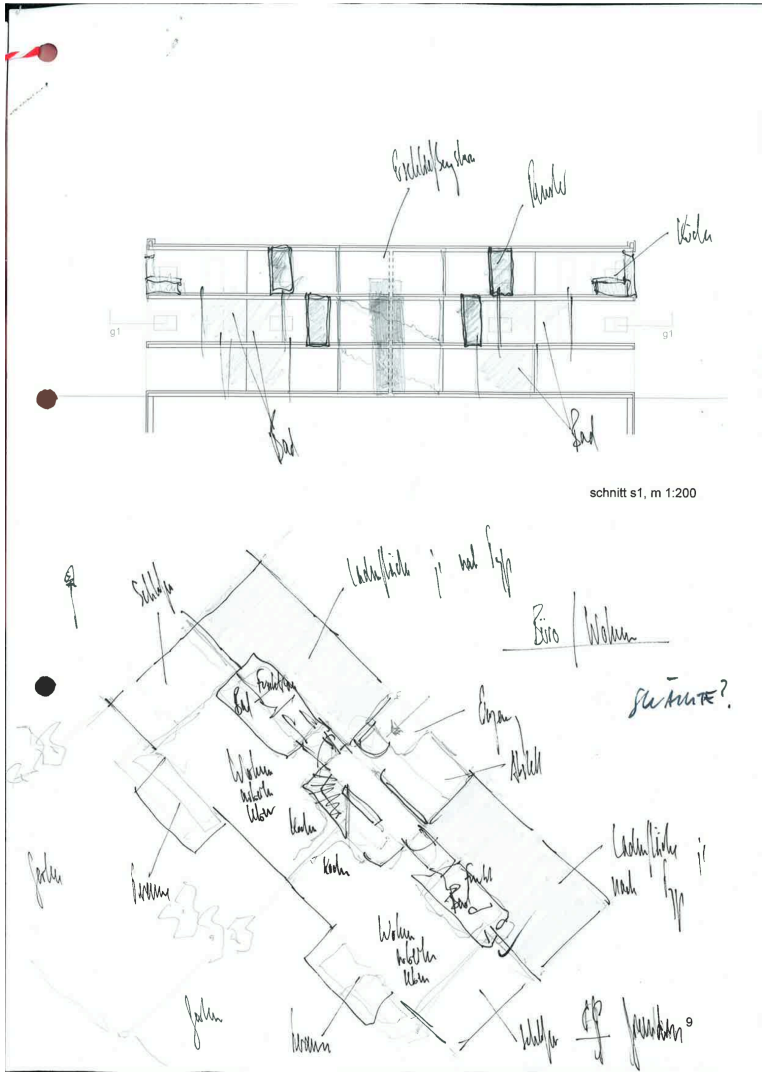


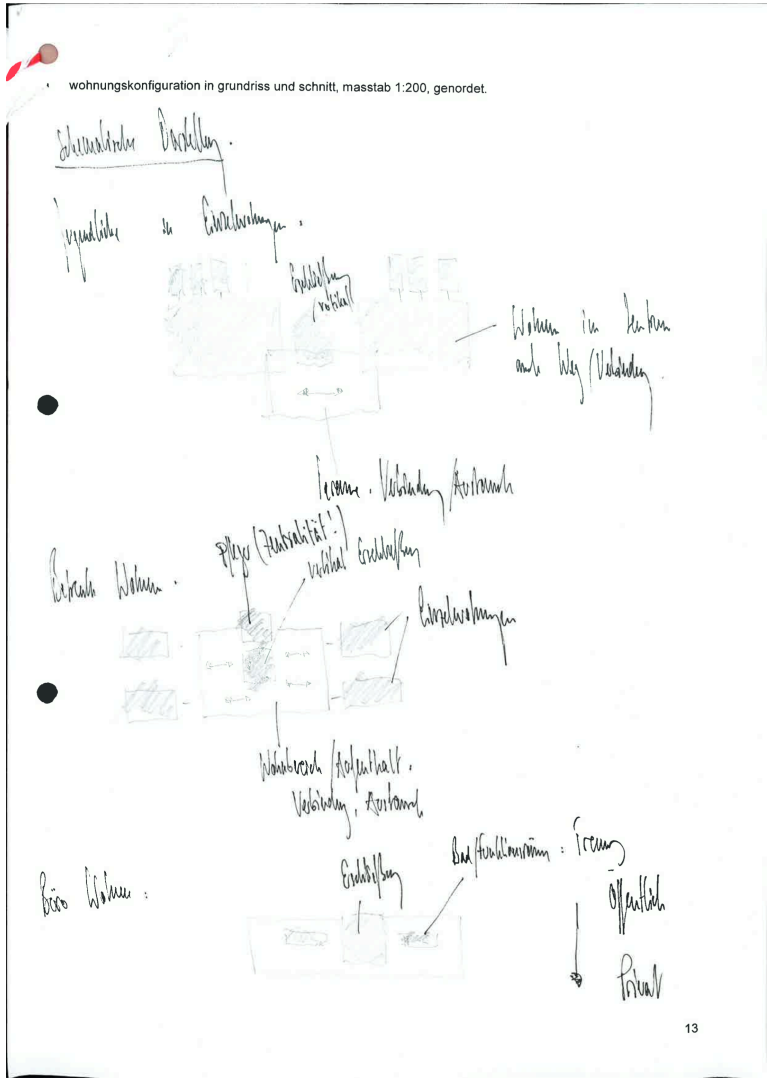
zeichnungen von helena eichlinger, sos 2015



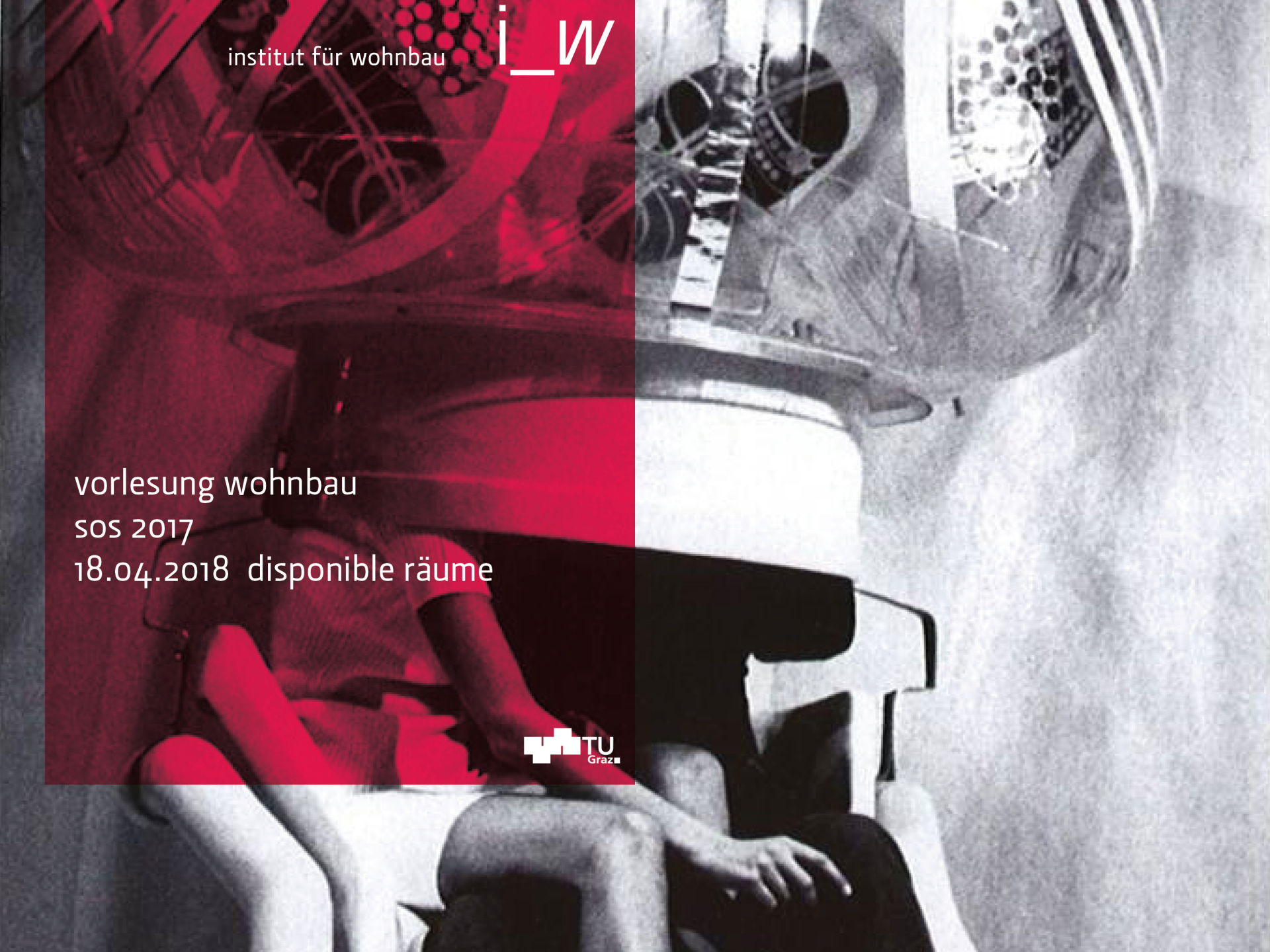


zeichnungen von moritz balthasar büchsel, sos 2014





skizzen von moritz balthasar büchsel, sos 2014



institut für wohnbau i_w

vorlesung wohnbau
sos 2017
18.04.2018 disponible räume

TU Graz